

NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

DER STADT BURGHAUSEN

IM BÜRGERSAAL DES BÜRGERHAUSES

AM 14.02.2018

FOLGENDE 20 STADTRAT-MITGLIEDER SIND ANWESEND:

Erster Bürgermeister

Herr Hans Steindl

Dritter Bürgermeister

Herr Norbert Stranzinger

Stadtrat

Frau Sabine Bachmeier bis 17:35 Uhr

Herr Norbert Englisch bis 17:40 Uhr

Herr Helmut Fabian

Herr Franz Kamhuber

Herr Roland Resch

Herr Norbert Stadler

Frau Dagmar Wasserrab

Herr Rupert Bauer

Frau Isabelle Brodschelm

Herr Bernhard Harrer

Herr Gerhard Hübner

Herr Paul Kokott

Herr Dr. Gerfried Schmidt-Thrö

Herr Peter Schacherbauer

Frau Anna Spindler

Herr Hartmut Strachowsky

Herr Stefan Angstl

Herr Dr. Klaus Blum

Berichterstatter

Herr Michael Bock

Herr Alfred Eiblmeier

Frau Ursula Hauser

Herr Max Hennersperger

Herr Manfred Winkler

Protokollführer

Herr Christian Edenhoffer

ENTSCHULDIGT ABWESEND:

Zweite Bürgermeisterin

Frau Christa Seemann krank

Stadtrat

Herr Alex Gassner ortsabwesend

Frau Doris Graf krank

Herr Dr. Markus Braun ortsabwesend

Herr Gunter Strebel krank

Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates. Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird mit der vorgelegten Ergänzung, dem Tagesordnungspunkt 5.1 genehmigt. Die vorgetragenen Entschuldigungen werden anerkannt.

Mit allen 19 Stimmen

Totengedenken für

Frau Paula Eck

ehemalige Stadträtin der Stadt Burghausen

Am Sonntag, 28. Januar 2018, verstarb Frau Paula Eck im 83. Lebensjahr.

Frau Paula Eck gehörte dem Stadtrat Burghausen von 1. Mai 1986 bis zum 30. April 1990 an. Ihr Hauptanliegen in ihrer täglichen politischen Arbeit waren stets Jugend, Familie und Bildung, vor allem die Förderung von Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten.

Neben ihrer kommunalpolitischen Arbeit war sie den Burghauser Bürgerinnen und Bürgern vor allem als Gründerin und langjährige Vorsitzende der Frauenunion Burghausen ein Begriff und hat sich hier über viele Jahre mit großem Engagement eingebracht. In ihrem Beruf als Lehrhausfrau hat sie jungen Menschen zu einer fundierten Ausbildung und einem erfolgreichen Start in das Berufsleben verholfen.

Die Stadt Burghausen wird Frau Paula Eck stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Totengedenken für

Herrn Klaus Straußberger

Stadtrat der Stadt Burghausen

Am Donnerstag, 1. Februar 2018, verstarb Herr Klaus Straußberger im 71. Lebensjahr.

Herr Straußberger gehörte dem Stadtrat seit Oktober 2006 an und hat sein Mandat nicht nur im Stadtratsgremium sondern auch in mehreren Ausschüssen mit großer Gewissenhaftigkeit und hohem persönlichen Engagement ausgeübt. Dabei hat er stets die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Burghausens im Fokus gehabt und sich insbesondere in Fragen der Sicherheit und Ordnung als fundierter Kenner und Sachverständiger verdient gemacht. Darüber hinaus hat er sich als Aufsichtsrat der Burghauser Wohnbau GmbH für die Interessen breiter Schichten der Bevölkerung eingesetzt. Sein ehrenamtliches Wirken hat er auch so wichtigen Einrichtungen wie dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Integration, Migration und Aussiedlerfragen stets mit viel Herzblut zur Verfügung gestellt.

Der Burghauser Bevölkerung war Herr Straußberger aber nicht nur als Kommunalpolitiker sondern auch als „Gesetzhüter“ im positivsten Sinn über mehr als vier Jahrzehnte ein Begriff, woraus er auch einen großen Erfahrungsschatz für seine ehrenamtliche Arbeit gezogen hat.

Neben all diesen Funktionen war er auch immer ein leidenschaftlicher Sportler und hat auch hier wie selbstverständlich seine Freizeit eingebracht und selbst engagiert an Wettkämpfen teilgenommen. Dieser Kampfeswille war auch trotz seiner schweren Krankheit ungebrochen und so hat er bis zuletzt an den Sitzungen des Stadtrates teilgenommen und sein Mandat zum Wohle der Burghauser Bevölkerung wahrgenommen.

Die Stadt Burghausen wird Herrn Klaus Straußberger stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

T a g e s o r d n u n g s p u n k t e :

- 1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 10. Januar 2018**
 - 2. Gemeindeverfassungsangelegenheiten**
 - 2.1. Vereidigung von Frau Isabelle Brodschelm als Stadtratsmitglied gem. Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung -GO-
 - 2.2. Neubesetzung der Ausschüsse
 - 2.3. Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
 - 3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten**
 - 3.1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für den Bereich Burgkirchener Straße (südlich), Bachstraße (westlich), Gewerbepark Lindach D, Flst.-Nrn. 1287-T, 1294-T und 1294/24, Gemarkung Raitenhaslach
Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Billigungs- und Auslegungsbeschluss
 - 3.2. Bebauungsplanverfahren Nr. 45k für den Bereich Burgkirchener Straße (südlich), Bachstraße (westlich), Gewerbepark Lindach D, Flst.-Nrn. 1287-T, 1294-T und 1294/24, Gemarkung Raitenhaslach, - Teiländerung BebPl. Nr. 45
beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
 - 3.3. Bebauungsplan Nr. 24a für den Bereich Marktler Straße (östlich), St.-Konrad-Kirche (nördlich), Ludwig-Schön-Straße (westlich), Elisabethstraße (südlich), Erweiterung der Hochschule; Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Abwägungsbeschlüsse; Satzungsbeschluss
 - 3.4. Bauantrag der WiBG GmbH Burghausen für die Errichtung eines Hörsaalgebäudes „B“ am Campus Burghausen, Grundstück Flst-Nr. 1008/15, Gemarkung Burghausen, in der Marktler Straße 48
 - 3.5. Fördermittelantrag Städtebauförderung 2018
 - 3.6. Erweiterung Hallenbad; Vorstellung der Planungsvarianten / Grundsatzentscheidung
 - 3.7. Vorschlag BRK – Unterbringung Wasserwacht/BRK Bereitschaft
 - 3.8. Vorschlag SV Wacker Burghausen e. V. – Lirk-Komplex
 - 3.9. Errichtung von neuen Kindergartengruppen
 - 4. Finanzangelegenheiten**
 - 4.1. Verabschiedung des Haushaltsplans 2018 und Erlass der Haushaltssatzung für die Stadt Burghausen, die Kanzelmüller-Seminar-Fonds-Stiftung und die Johannes-Hess-Stiftung
 - 5. Sonstiges**
 - 5.1. Benennung eines Mitglieds für den Integrationsbeirat
- Anfragen/Sonstiges**
1. 1. Salzach-Symposium am 06.02.2018 im Raitenhaslach
 2. Errichtung eines Recyclinghof-Wertstoffhofs im Gewerbepark Lindach A
 3. Fairtrade-Stadt Burghausen; Titelerneuerung
 4. Verlagerung von Klassen der Pestalozzi-Schule während der Renovierung der Hans-Stethaimer-Schule

1. **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 10. Januar 2018**

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die vorstehende Niederschrift, welche in Abdruck den Stadratsmitgliedern zugeleitet wurde, wird gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Mit allen 19 Stimmen

2. **Gemeindeverfassungsangelegenheiten**

2.1. **Vereidigung von Frau Isabelle Brodschelm als Stadratsmitglied gem. Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung -GO-**

Nach dem Ableben von Herrn Klaus Straußberger ist Frau Isabelle Brodschelm als nächste Listennachfolgerin Nachrückerin in den Stadtrat der Stadt Burghausen. Frau Isabelle Brodschelm hat mitgeteilt, dass sie das Stadtratsamt annehmen wird.

Vor der Vereidigung des neuen Stadratsmitgliedes Frau Isabelle Brodschelm erklärt Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl die Verpflichtungen, die der Eid beinhaltet:

„Als ehrenamtliches Stadratsmitglied haben Sie die Ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen und amtliche Angelegenheiten während der Ausübung und nach Beendigung des Ehrenamtes geheim zu halten, sofern die Verschwiegenheit durch Gesetz vorgeschrieben, nach der Natur der Sache erforderlich oder durch den Stadtrat oder einen Ausschuss des Stadtrates beschlossen ist.

Sie sind ferner verpflichtet, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Bayern, die Bayerische Gemeindeordnung und alle übrigen bestehenden und noch ergehenden Gesetze und Verordnungen sowie die Geschäftsordnung für den Stadtrat Burghausen zur Grundlage Ihres Handelns zu machen. Sie haben die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltung zu wahren und zu erfüllen, sachlich, unparteiisch und gerecht dem Wohle der Gesamtbevölkerung zu dienen, wobei Sie sich stets den Gedanken vor Augen zu halten haben, dass nach dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung alle Menschen gleich sind und nach Art. 15 der Bayerischen Gemeindeordnung alle Gemeindeangehörigen die gleichen Rechte und Pflichten gegenüber der Gemeinde haben“.

Nach diesem Hinweis vereidigt Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl das neue Stadratsmitglied Frau Isabelle Brodschelm.

Er bittet die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben, Frau Isabelle Brodschelm bittet er, die rechte Hand zu erheben und den Eid nach Art. 31 Abs. 4 GO durch das Nachsprechen folgender Eidesformel zu leisten:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

Nach der Eidesleistung unterschreibt Frau Isabelle Brodschelm die Niederschrift über ihre Vereidigung.

2.2. **Neubesetzung der Ausschüsse**

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

1. Herr Stadtrat Dr. Braun wird mit sofortiger Wirkung für den Hauptausschuss als ordentliches Mitglied bestellt.

2. Herr Stadtrat Harrer wird mit sofortiger Wirkung für den Werkausschuss als ordentliches Mitglied bestellt, die Stellvertreterreihenfolge wird künftig wie folgt festgelegt:
 1. Stellvertretung: Herr Dritter Bürgermeister Stranzinger
 2. Stellvertretung: Frau Stadträtin Brodschelm
 3. Stellvertretung: Herr Stadtrat Bauer
3. Frau Stadträtin Brodschelm wird mit sofortiger Wirkung für den Rechnungsprüfungsausschuss als ordentliches Mitglied bestellt.
4. Für den Bauausschuss wird Frau Stadträtin Brodschelm mit sofortiger Wirkung die 3. Stellvertretung übernehmen.
5. Der Stadtrat billigt die aus den Beschlüssen zu Ziffer 1 bis 4 resultierenden Änderungen der Anlage zur Geschäftsordnung.

Mit allen 20 Stimmen

2.3. Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß dem Vorschlag der SPD-Fraktion.
Die Geschäftsordnung (Anlage 3) für den Stadtrat der Stadt Burghausen (Amtsperiode 2014/2020) wird entsprechend geändert.

Mit allen 20 Stimmen

3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

3.1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für den Bereich Burgkirchener Straße (südlich), Bachstraße (westlich), Gewerbepark Lindach D, Flst.-Nrn. 1287-T, 1294-T und 1294/24, Gemarkung Raitenhaslach Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 19.07.2017 beschlossen, für die Errichtung eines Betriebsgebäudes durch die IPS GmbH & Co.KG im Gewerbepark Lindach D 7a, einen Bebauungsplan aufzustellen. Parallel dazu erfolgt die Änderung des Flächennutzungsplanes. Der Vorentwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht wurde in der Zeit vom 03.01.2018 bis 26.01.2018 öffentlich ausgelegt. Die Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden um Stellungnahme gebeten. Nachfolgende Stellungnahmen/Einwände sind eingegangen:

Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz (09.01.2018)

Keine Anregungen oder Hinweise

Deutsche Telekom Technik GmbH (12.01.2018)

Im Geltungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telecom, die durch die geplanten Baumaßnahmen möglicherweise berührt werden. Bei der Planung und Bauausführung ist darauf zu achten, dass diese Linien nicht verändert werden müssen bzw. beschädigt werden. Durch Baumpflanzungen darf der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Abwägung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Mit allen 20 Stimmen

Regierung von Oberbayern – höhere Landesplanungsbehörde (16.01.2018)

Die Planung steht den Erfordernissen der Raumordnung nicht entgegen.

Es ist durch geeignete Festsetzungen die Entstehung unzulässiger Einzelhandelsagglomerationen auszuschließen.

Abwägung:

Im Bebauungsplan wird festgesetzt, dass Einzelhandelsnutzungen nicht zulässig sind.

Mit allen 20 Stimmen

Wärmeversorgung Burghausen GmbH (18.01.2018)

Keine Einwände

Gemeinde Mehring (18.01.2018)

Keine Einwände

Handwerkskammer für München und Oberbayern (19.01.2018)

Die Schaffung von gewerblichen Erweiterungsflächen für ortsansässige Betriebe wird prinzipiell begrüßt. Die angrenzenden Nutzungen dürfen nicht in ihrem Handeln und täglichen Wirtschaften eingeschränkt werden.

Stadtwerke Burghausen (24.01.2018)

Keine grundsätzlichen Einwände

Wasserwirtschaftsamt Traunstein (23.01.2018)

Keine Einwände, sondern nur fachliche Informationen und Empfehlungen.

Landratsamt Altötting – Sachgebiet 52 Hochbau (26.01.2018)

In der Begründung fehlt eine Aussage zur Herstellung neuer und ersatzweise erforderlicher Ausgleichsflächen. Eine diesbezügliche Ergänzung ist noch vorzunehmen.

Abwägung:

Der Umweltbericht vom 13.12.2017 ist gem. § 2a Satz 3 BauGB zum Bestandteil der Begründung erklärt worden. Darin sind die gewünschten Informationen enthalten.

Mit allen 20 Stimmen

Landratsamt Altötting – Sachgebiet 53 (Landschaftspflege, Grünordnung und Gartenbau) (26.01.2018)

Keine Äußerung

Landratsamt Altötting – Untere Immissionsschutzbehörde (22.01.2018)

Keine konkrete Äußerung zur Flächennutzungsplanänderung

Landratsamt Altötting – Untere Naturschutzbehörde (16.01.2018)

Keine konkrete Äußerung zur Flächennutzungsplanänderung

Energienetze Bayern GmbH (24.01.2018)

Keine Einwände

BUND Naturschutz (29.01.2018)

Eine Grünfläche in einem Gewerbegebiet wird verkleinert und damit wird ihre positive Wirksamkeit auf die Biodiversität verringert. Es wird eine weitere Fläche versiegelt. Gerade bei Lagerhallen sollte in die Höhe gebaut werden, nicht aber in die Fläche; diese Alternative sollte ohne Ansprüche auf weitere Flächennutzungen in jedem ähnlichen Fall vorgeschlagen und durchgerechnet werden.

Abwägung:

Die Stadt Burghausen ist bestrebt, die Inanspruchnahme und Versiegelung unbebauter Flächen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Auf der anderen Seite ist aber auch die Wirtschaft auf den Produktionsfaktor Boden bzw. Bauland angewiesen. Die Stadt Burghausen versucht die wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang zu bringen, gewichtet aber im vorliegenden Fall die Erweiterung eines vorhandenen Gewerbebetriebes höher als den Verzicht der Flächeninanspruchnahme.

Mit allen 20 Stimmen

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die eingegangenen Einwände werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen. Der Stadtrat billigt den Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 14.02.2018 und beschließt die öffentliche Auslegung.

Mit allen 20 Stimmen

3.2. Bebauungsplanverfahren Nr. 45k für den Bereich Burgkirchener Straße (südlich), Bachstraße (westlich), Gewerbepark Lindach D, Flst.-Nrn. 1287-T, 1294-T und 1294/24, Gemarkung Raitenhaslach, - Teiländerung BebPl. Nr. 45 beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 19.07.2017 beschlossen, für die Errichtung eines Betriebsgebäudes durch die IPS GmbH & Co.KG im Gewerbepark Lindach D 7a, einen Bebauungsplan aufzustellen. Parallel dazu erfolgt die Änderung des Flächennutzungsplanes.

Der Bebauungsplanvorentwurf mit Begründung und Umweltbericht wurde in der Zeit vom 03.01.2018 bis 26.01.2018 öffentlich ausgelegt. Die Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden um Stellungnahme gebeten.

Nachfolgende Stellungnahmen/Einwände sind eingegangen:

Freiwillige Feuerwehr Burghausen (05.01.2018)

Nachdem nur eine Zufahrt zum Gewerbegebäude geplant ist, besteht die Gefahr, dass bei einem Brand in die Rauchwolke gefahren werden muss bzw. durchgegangen werden muss.

Abwägung:

Die Rettung von Menschen und wirksame Löscharbeiten sind auch mit nur einer Zufahrt möglich. Der konkrete Brandschutznachweis muss im Baugenehmigungsverfahren bzw. Genehmigungsfreistellungsverfahren erbracht werden.

Mit allen 20 Stimmen

Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz (09.01.2018)

Keine Anregungen oder Hinweise

IHK für München und Oberbayern (11.01.2018)

Es wird begrüßt, dass dem Erweiterungsbedarf eines ortsansässigen Unternehmers Rechnung getragen wird.

Deutsche Telekom Technik GmbH (12.01.2018)

Im Geltungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telecom, die durch die geplanten Baumaßnahmen möglicherweise berührt werden. Bei der Planung und Bauausführung ist darauf zu achten, dass diese Linien nicht verändert werden müssen bzw. beschädigt werden. Durch Baumpflanzungen darf der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Abwägung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Mit allen 20 Stimmen

Regierung von Oberbayern – höhere Landesplanungsbehörde (16.01.2018)

Die Planung steht den Erfordernissen der Raumordnung nicht entgegen.

Es ist durch geeignete Festsetzungen die Entstehung unzulässiger Einzelhandelsagglomerationen auszuschließen.

Abwägung:

Es wird festgesetzt, dass Einzelhandelsnutzungen nicht zulässig sind.

Mit allen 20 Stimmen

Wärmeversorgung Burghausen GmbH (18.01.2018)

Keine Einwände

Gemeinde Mehring (18.01.2018)

Keine Einwände

Handwerkskammer für München und Oberbayern (19.01.2018)

Die Schaffung von gewerblichen Erweiterungsflächen für ortsansässige Betriebe wird prinzipiell begrüßt. Die angrenzenden Nutzungen dürfen nicht in ihrem Handeln und täglichen Wirtschaften eingeschränkt werden.

Bayernwerk Netz GmbH (23.01.2018)

In dem überplanten Bereich befinden sich Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk Netz GmbH, die den neuen Verhältnissen angepasst werden müssen.

Abwägung:

Der Grundstückseigentümer hat die Kabelverlegungsarbeiten rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen mit dem Bayernwerk abzustimmen.

Mit allen 20 Stimmen

Stadtwerke Burghausen (24.01.2018)

Keine Einwände

Landratsamt Altötting – Sachgebiet 52 Hochbau (26.01.2018)

Aus Sicht des Sachgebietes 52-Hochbau ist eine so differenzierte Festsetzung der maximalen Gebäudehöhe wie in der Planzeichnung vorgesehen im vorliegenden Fall nicht nötig und auch städtebaulich nicht erforderlich. Es wird daher die Festsetzung einer einheitlichen Obergrenze empfohlen, wobei darüber hinaus noch technisch notwendige Aufbauten in einer bestimmten Größenordnung und Höhe zugelassen werden könnten.

Abwägung:

Die exakten Gebäudehöhen erfüllen die Bedürfnisse der Grundstückseigentümerin und können in dieser Genauigkeit beibehalten werden.

Mit allen 20 Stimmen

Im 1. Absatz der Festsetzung C.2 wird die Pflanzung mindestens eines Baumes pro 50 m² Strauchpflanzung gefordert. Hierzu sollte ergänzend geregelt werden, wie die Fläche der Strauchpflanzung zu messen ist.

Abwägung:

Die Festsetzung wird wie folgt formuliert:

Entlang der Außengrenzen der Grundstücke zu den angrenzenden Ausgleichsflächen ist auf 70% der Grenzlängen ein mindestens 2-reihiger Gehölzgürtel gemäß nachfolgender Liste zu pflanzen. Der Pflanzabstand in den Reihen darf max. 2,0 m und zwischen den Reihen max. 1,50 m betragen. Pro mindestens 20 m Heckenlänge ist mindestens ein Baum gemäß Artenliste zu pflanzen.

Mit allen 20 Stimmen

Landratsamt Altötting – Sachgebiet 53 (Landschaftspflege, Grünordnung und Gartenbau) (26.01.2018)

Es ist ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan zu erstellen. Dieser soll durch einen Landschaftsarchitekten oder Grünplaner angefertigt werden.

Da die Begrünung entlang des Geltungsbereiches als Sichtschutz und Aufwertung der Grünflächen verstanden wird, soll die Qualität der Laubbäume mindestens einen Stammumfang von 12-14 cm aufweisen.

Abwägung:

Folgende Festsetzung wird aufgenommen:

Mit dem Bauantrag/Genehmigungsfreistellungsvorlage ist ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan vorzulegen. Die Qualität der Laubbäume soll mindestens einen Stammumfang von 12-14 cm aufweisen.

Mit allen 20 Stimmen

Landratsamt Altötting – Untere Immissionsschutzbehörde (22.01.2018)

Da die Gewerbefläche 3 (GE 3) für den Bau der Lagerhalle auf der Fl.-Nr. 1294/24 bereits Richtung Süden erweitert wurde und hierfür, soweit nachvollziehbar, keine Neukontingentierung vorgenommen wurde, ist der gesamte südliche Bereich des GE 3 neu zu kontingentieren, d.h. es ist die Ermittlung der zulässigen Lärmkontingente erforderlich. Das Gutachten soll Festsetzungsvorschläge für die zulässigen Lärmkontingente enthalten.

Angemerkt wird, dass mit der Ausweitung des Gewerbegebietes Richtung Süden, die Gewerbebauten auch näher an die Gewerbefläche 6 (Gewerbepark Lindach B) mit seinen Betriebsleiterwohnhäusern heranrücken.

Abwägung:

Die Grundstückseigentümerin hat das geforderte Gutachten vorzulegen; die darin vorzuschlagenden Festsetzungen werden im Bebauungsplan aufgenommen.

Mit allen 20 Stimmen

Landratsamt Altötting – Untere Naturschutzbehörde (16.01.2018)

Eine Überprüfung der Anwendung der Eingriffsregelung (vgl. Umweltbericht Seite 13 ff.) kommt zu folgendem Ergebnis:

Die Ermittlung des Umfangs der notwendigen Kompensationsflächen für

1. die Verlegung der bestehenden Ausgleichsfläche des Bebauungsplanes Nr. 45 (Verfahren von 1999) sowie
2. den neuen Eingriff durch den Bebauungsplan Nr. 45k

ist nicht nachvollziehbar, da die Verlegung der bestehenden Ausgleichsfläche sowie die Neubewertung des aktuellen Eingriffs getrennt voneinander erfolgen müssen.

Abwägung:

Der Umweltbericht wird entsprechend ergänzt.

Mit allen 20 Stimmen

Energienetze Bayern GmbH (24.01.2018)

Keine Einwände

Wasserwirtschaftsamt Traunstein (24.01.2018)

Keine Einwände, sondern nur fachliche Informationen und Empfehlungen.

BUND Naturschutz (29.01.2018)

Die geplante Bebauungsplanänderung wird abgelehnt. Die bereits errichtete Halle im Gewerbepark Lindach D 7a kann nach Meinung des BUND, Ortsgruppe Burghausen nicht durch eine nachträgliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 legalisiert werden. Eine weitere Verkleinerung der Grünfläche wird abgelehnt, da die zusätzliche Versiegelung der Landschaft nur durch eine Entsiegelung bestehender versiegelter Bereiche möglich wäre. Es solle in die Höhe und Tiefe gebaut werden und nicht in die Fläche. Ausgleichsmaßnahmen sollen in der Nähe des Eingriffs erfolgen und nicht auf dem Bergerhofgelände. Der Quell- und Zielverkehr auf der Burgkirchener Straße würde anwachsen.

Abwägung:

Der Gewerbebau im Gewerbepark Lindach D 7a wurde rechtmäßig baugenehmigt und errichtet. Der Stadtrat der Stadt Burghausen hat in seiner Sitzung am 17.10.2012, TOP Nr. 2.3 ö einstimmig die erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 45 beschlossen. Zur Sicherung der Baugenehmigung wurden die Ausgleichsflächen von der Stadt Burghausen auf dem Flurstück Nr. 858, Gmk. Mehring (Anlage einer extensiven Wiese, Fläche ca. 2.820 m²) übernommen. Die Unterstellung einer „nachträglichen Legalisierung baurechtswidriger Zustände“ trifft im vorliegenden Fall nicht zu und wird aufs Schärfste zurückgewiesen.

Die Kompensation des Eingriffs durch Abbuchung vom Ökokonto Bergerhof wurde von der Unteren Naturschutzbehörde akzeptiert; die Forderung nach anderen – aus Sicht des BUND optimaleren - Ausgleichsmaßnahmen wird nicht erfüllt.

Mit allen 20 Stimmen

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die eingegangenen Einwände werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen. Der Stadtrat billigt den Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 14.02.2018 und beschließt die öffentliche Auslegung.

Mit allen 20 Stimmen

**3.3. Bebauungsplan Nr. 24a für den Bereich Marktler Straße (östlich), St.-Konrad-Kirche (nördlich), Ludwig-Schön-Straße (westlich), Elisabethstraße (südlich), Erweiterung der Hochschule;
Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Abwägungsbeschlüsse;
Satzungsbeschluss**

Der Stadtrat der Stadt Burghausen hat in seiner Sitzung am 13.12.2017 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 24a mit Begründung gebilligt. Der Bebauungsplanentwurf lag in der Zeit vom 29.12.2017 bis einschließlich 29.01.2018 öffentlich aus. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange und Behörden wurden von der Auslegung benachrichtigt und zur Stellungnahme nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch aufgefordert.

Es sind folgende Einwände/Stellungnahmen eingegangen:

Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz (22.12.2017)

Keine Einwände

Regierung von Oberbayern – höhere Landesplanungsbehörde (02.01.2018)

Keine Einwände

Regionaler Planungsverband Südostoberbayern (10.01.2018)

Verweis auf die Stellungnahme der höheren Landesplanungsbehörde

Gemeinde Mehring (17.01.2018)

keine Einwände

Wärmeversorgung Burghausen GmbH (18.01.2018)

Keine Einwände

Bayernwerk (23.01.2018)

Keine Einwände

Landratsamt Altötting – Sachgebiet 52 (Hochbau) (26.01.2018)

Durch die Reduzierung der Baukörperhöhe gegenüber der ursprünglichen Planung wird eine Entstehung städtebaulicher Spannungen in Bezug auf die im Umfeld vorhandene Bebauung vermieden. Die in der letzten Stellungnahme des Sachgebietes 52-Hochbau ausgesprochene Empfehlung, auch die anschließenden Grundstücke entlang der Marktler Straße zu überplanen, kann daher entfallen.

Landratsamt Altötting – Immissionsschutz (26.01.2018)

Grundsätzlich besteht in diesem Fall Einverständnis, die ggf. erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen erst abschließend mit der Baugenehmigung zu regeln.

Sobald das hierfür in Auftrag gegebene Lärmgutachten vorliegt, bitten wir, uns dieses zu übermitteln. Des Weiteren bitten wir Sie, uns über die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen im Baugenehmigungsverfahren zu informieren.

Abwägung:

Die Untere Immissionsschutzbehörde beim Landratsamt Altötting wird mit dem Lärmgutachten im Baugenehmigungsverfahren zur Stellungnahme aufgefordert. Eventuell notwendige Auflagen werden im Baugenehmigungsbescheid festgesetzt.

Mit allen 20 Stimmen

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwände werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen. Der Bebauungsplan wird in der unveränderten Fassung (Stand 13.12.2017) als Satzung beschlossen.

Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Mit allen 20 Stimmen

3.4. Bauantrag der WiBG GmbH Burghausen für die Errichtung eines Hörsaalgebäudes „B“ am Campus Burghausen, Grundstück Flst-Nr. 1008/15, Gemarkung Burghausen, in der Marktler Straße 48

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Nach Ansicht von Herr Stadtrat Kokott kann der Bauantrag nicht genehmigt werden, wenn die erforderlichen Stellplätze nicht nachgewiesen werden können. Auch von der Wirtschaftsbeteiligungsgesellschaft Burghausen mbH muss in diesem Fall im Sinne der Gleichbehandlung ggf. eine Stellplatzablöse entrichtet werden.

Herr Erster Bürgermeister Steindl entgegnet, dass die Frage der Stellplätze bis zur Fertigstellung des Hochschulgebäudes zurückgestellt werden kann. Während der Bauzeit (ca. 1 ½ Jahre) werden keine Stellplätze benötigt. Bis dahin soll ein Stellplatz-Gesamtkonzept für diesen Bereich ausgearbeitet werden. Auf dieser Grundlage kann der Stadtrat dann entscheiden, ob und wie viele Stellplätze abgelöst werden müssen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen zur erforderlichen Befreiung wird erteilt.

Die Frage der Kfz-Stellplätze und eine eventuelle Verpflichtung zur Stellplatzablöse wird nach Fertigstellung des Gebäudes behandelt.

Mit allen 20 Stimmen

3.5. Fördermittelantrag Städtebauförderung 2018

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt die in der Anlage beigefügten Einzelmaßnahmen bei der Regierung von Oberbayern Sachgebiet 34 Städtebauförderung für 2018 anzumelden.

Mit allen 20 Stimmen

3.6. Erweiterung Hallenbad; Vorstellung der Planungsvarianten / Grundsatzentscheidung

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Laut Ersten Bürgermeister Steindl ist man seit ca. 6 Monaten mit der Planung beschäftigt und bereits mehrere Varianten diskutiert. Die Investitionskosten belaufen sich auf ca. 6 – 8 Mio. €, die zu 100% finanziert werden müssen. Aufgrund des sehr guten Steueraufkommens ist die Stadt jedoch in der Lage, eine Investition in dieser Größenordnung anzugehen. So sollen die Steuergelder auch für die Beschäftigten, die das Steueraufkommen erwirtschaften reinvestiert werden. Für die Erweiterung des Hallenbads sprechen zudem folgende Punkte:

- aufgrund der immer noch sensationell hohen Besucherzahlen können die benötigten Kapazitäten an Spinden, Aufenthaltsmöglichkeiten, Liegeflächen und Abstellmöglichkeiten nicht bereitgestellt werden. Die Besucherzahlen sind in den vergangenen Jahren sogar weiter angestiegen.

In dem Planungskonzept wurde bewusst darauf geachtet, die Liege- und Abstellflächen zu erweitern.

- das Hallenbad ist nicht nur als Freizeit- und Spaßbad zu sehen. Es werden auch viele Kurse im Bereich der Rehabilitation, Sport-Erziehung und des Gesundheitssports angeboten. Hier besteht jedoch ein erheblicher Platzmangel, sodass sich die Gruppen meist überschneiden. Zudem ist das Sprungbecken hierfür zu klein und muss in der überwiegenden Zeit für den Sprungbetrieb gesperrt werden. Ziel ist, durch ein neues Becken den Sprungbereich wieder mehr den Jugendlichen zur Verfügung stellen zu können.

Im Zuge der Planungsdiskussion haben sich noch weitere Punkte ergeben, die umgesetzt werden sollten:

- *Verlagerung des Gaststättenbereichs*
- *Verlegung des Eingangsbereichs, um die bisherige, sehr enge Situation aufzulösen und für das Personal übersichtlicher zu machen.*

Die Rutschenanlage sollte nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl nicht realisiert werden. Zum einen würde das Mehrkosten von 1,5 – 1,8 Mio. € nach sich ziehen, zum anderen ist beim Freibad bereits eine große Rutschenanlage vorhanden. Die Planung ist jedoch so ausgelegt, dass eine Rutsche nachrüstbar wäre.

In der Planung wurde sehr gut umgesetzt, dass trotz der umfangreichen Baumaßnahmen der Badebetrieb im Frei- und Hallenbad nicht zu stark beeinträchtigt werden. Alle Gruppen, die das Hallenbad jetzt schon nutzen, werden durch die Baumaßnahmen nicht eingeschränkt. Nach der Fertigstellung (voraussichtlich Frühjahr 2020) stellt sich die Frage, ob das Hallenbad ganzjährig geöffnet werden sollte. Da der Betriebsführungsvertrag für das Freibad Burgkirchen noch bis 2020 läuft und nicht weiter verlängert werden soll, könnte das abgestellte Personal (3 Kräfte) in Burghausen eingesetzt werden. Bis zur endgültigen Entscheidung über die künftigen Öffnungszeiten sollte zunächst der Verlauf der Baumaßnahme, sowie die Entwicklung der Besucherzahlen in den Jahren 2018 und 2019 abgewartet werden.

Herr Erster Bürgermeister Steindl begrüßt Herrn Günthner (Bäderleiter) und Herrn Krautloher (Krautloher Architekten GmbH, Vilshofen), die die Planungsvarianten vorstellen.

Herr Stadtrat Dr. Blum ist der Ansicht, dass auch die Wasseraufbereitungsleistung der bestehenden Becken nachgerüstet werden müsste, wenn diese jetzt schon überbelegt sind. Hierüber wurde jedoch keine Aussage getroffen.

Laut Herrn Günthner sind zu Spitzenzeiten das Erlebnisbecken, das Sprungbecken und das Solebecken überlastet. Das neue Becken ist daher als Multifunktionsbecken konzipiert. Unter der Woche sollen am Vormittag Schulschwimmkurse abgehalten werden, am Nachmittag kann das Becken für den normalen Badebetrieb freigegeben werden. Abends sollen dann wieder Kurse abgehalten werden. Durch dieses Konzept kann das Sprungbecken schon entlastet werden. Weiter ist angedacht, dass am Wochenende und in den Ferien das Multifunktionsbecken durch Kinder, Jugendliche und Familien genutzt wird und dadurch die Nutzung des Erlebnisbeckens entzerrt wird. Der Anbau ist vor allem für Jugendliche und Familien konzipiert. Die Gastronomie, der Sprungbereich, eine evtl. Rutschenanlage und die Rückzugsbereiche finden sich in unmittelbarer Nähe zueinander, sodass man sich dadurch eine starke Entlastung des Erlebnisbeckens erwartet. Die Wasserqualität befindet sich im Normbereich. Bei den monatlichen Kontrollen durch Gesundheitsamt gab es hier bisher keine Beanstandung. Es ist jedoch auf Dauer für die Filteranlagen sicherlich nicht förderlich, wenn ständig die technische Aufbereitungsleistung überschritten wird.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Stadtrat Kokott erklärt Herr Günthner, dass im Jahr 2007 die Filteranlage ertüchtigt wurde, damit trotz Überbelastung der Becken die Wasserqualität nicht beeinträchtigt wird.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass die Wasserqualität noch nie beanstandet wurde.

Herr Stadtrat Hübner fragt nach, ob das Solebecken wieder ausgefließt wird. Wenn ja sollte darauf geachtet werden, dass die Fliesen nicht wieder so schnell abspringen.

Herr Günthner erklärt, dass das Solebecken geflüest werden muss, da aufgrund des Salzgehalts kein Edelstahl-Becken verwendet werden kann. Die Fliesen werden jedoch mit Epoxidharz verfugt, um eine Auswaschung der Fugen zu verhindern.

Herr Stadtrat Strachowsky weist darauf hin, dass das Hallenbad aufgrund des 50 m-Beckens schon jetzt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region hat. Sehr positiv an der präsentierten Planung ist, dass eine neue Wasserlandschaft ergänzt und der Eingangsbereich an einer besseren Stelle platziert werden soll. Herr Stadtrat Strachowsky spricht sich dennoch stark dafür aus, dass auch die Rutschenanlage verwirklicht wird, da ohne Rutschenanlage für einen bestimmten Altersbereich (9 – 14 Jahre) kein Angebot vorhanden wäre. Die zusätzlichen finanziellen Mittel wären für die Stadt aufgrund der guten Finanzsituation verkraftbar.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl darf man dann aber auch nicht außer acht lassen, dass durch die Rutschenanlage ca. 50.000 – 60.000 € höhere Betriebskosten entstehen würden. Zudem müsste das Hallenbad als Ganzjahresbad betrieben werden. Dadurch würde man wiederum eine massive Konkurrenz zum Freibad mit einer bereits bestehenden Rutschenanlage aufbauen. Das Hallenbad könnte zunächst auch ohne Rutsche die nächsten Jahre gut betrieben werden. Die Planung ist so konzipiert, dass eine Rutschenanlage auch zu einem späteren Zeitpunkt nachgerüstet werden könnte. Herr Erster Bürgermeister Steindl hält zwei Rutschenanlagen bei dem kurzen Abstand zwischen Frei- und Hallenbad für übertrieben.

Herr Stadtrat Englisch hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Aufenthaltscharakter verbessert werden muss und auch mehr Wasserflächen benötigt werden. Dies wurde in der Planung sehr gut berücksichtigt.

Die Frage von Herrn Stadtrat Englisch, ob die Sauna-Gäste auch den bisherigen Eingangsbereich nutzen könnten, bejaht Herr Krautloher. Hier müsste dann ein Kassensautomat vorgesehen werden.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt-Thrö geht nicht davon aus, dass durch das neue Multifunktionsbecken der Solebereich entlastet wird. Es sollte daher überlegt werden, den neu angedachten Durchgang vom Hallenbad in das Solebecken etwas nach links zu verschieben und das Solebecken zu vergrößern.

Herr Krautloher entgegnet, dass aufgrund der Form des bestehenden Solebeckens eine bauliche Ergänzung nicht zielführend wäre. Hier wäre es wirtschaftlicher, das Becken zu entfernen und in einer größeren Form neu zu bauen.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Fabian antwortet Herr Günthner, dass die Anlieferung nach dem Umbau überwiegend im vorderen Bereich erfolgen soll. Die Zufahrt sollte so geplant werden, dass die anliefernden Lkws und die Badegäste nicht aufeinander treffen.

Herr Dritter Bürgermeister Stranzinger erkundigt sich, ob das Multifunktionsbecken mit einem Hubboden ausgestattet werden soll.

Herr Günthner antwortet, dass ein Hubboden angedacht ist, mit dem die Wassertiefe von 60 cm bis 180 cm geregelt werden kann.

Herr Stadtrat Harrer fragt nach, ob auch technische Altlasten bekannt sind, die die nächsten Jahre ertüchtigt werden müssten.

Laut Herrn Günthner sollte die Erneuerung der Filtertechnik für den Solebereich überlegt werden (ca. 50.000 – 70.000 €). Zudem bestehen beim Flachdach einige Undichtigkeiten, die ausgebessert werden sollten. Der Kostenrahmen hierfür müsste noch ermittelt werden. Bei der Elektrik besteht kein Handlungsbedarf.

Herr Stadtrat Kamhuber fragt nach welches zusätzliche Besucheraufkommen durch die zusätzliche Badelandschaft vom Bäder-Personal bewältigt werden kann. Zudem wäre interessant, wie sich der Umbau auf die Einnahmen auswirkt und welche Mehrkosten durch einen evtl. höheren Personalaufwand zu erwarten sind.

Herr Günthner erwidert, dass es hier entscheidend ist, wie das Hallenbad im Sommer betrieben werden soll. Einen durchgehenden Betrieb von 8 bis 22 Uhr würde Herr Günthner nicht für sinnvoll erachten. Herr Günthner weist darauf hin, dass das Hallenbad schon teilweise während Schlechtwetterphasen von 11 bis 19 Uhr geöffnet wurde. Dieses Angebot wurde auch gut angenommen. Der Vorteil ist, dass man anstatt vier nur zwei Aufsichtspersonen benötigt. Das Hallenbad wäre so während der Sommermonate sicherlich wirtschaftlicher zu betreiben.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Bauer bestätigt Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass der Pacht- und Wärmelieferungsvertrag mit der Firma Wacker Chemie AG entsprechend angepasst werden müssten.

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Mit allen 20 Stimmen

3.7. Vorschlag BRK – Unterbringung Wasserwacht/BRK Bereitschaft

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl hat das Bayerische Kreuz beantragt, beide Garagen aufzustocken. In Absprache mit Herrn Jung (Kreisgeschäftsführer BRK Kreisverband Altötting) ist man jedoch zu der Ansicht gekommen, dass die Aufstockung einer Garage für die beiden Gruppen ausreichend wäre.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Stadtrat befürwortet die Aufstockung eines Garagentrakts des Bayerischen Roten Kreuzes in der Krankenhausstraße 1 A (hinter dem Wohnheim der Burghauser Wohnbau GmbH) um ein Segment mit Räumlichkeiten für das BRK und die Wasserwacht.

Von Seiten der Stadt wird eine finanzielle Beteiligung von mind. 50% der Baukosten in Aussicht gestellt.

Mit allen 20 Stimmen

3.8. Vorschlag SV Wacker Burghausen e. V. – Lirk-Komplex

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Kokott hält es für sinnvoll, dass zunächst nur der Ringerkomplex errichtet und die Errichtung einer neuen Turnhalle zunächst zurückgestellt werden soll. Die CSU-Fraktion würde sich für eine neue Turnhalle unter städtischer Führung im Waldpark Lindach aussprechen. Da die Stadt jedoch immer weiter wächst, sollte eine Dreifachturnhalle errichtet werden, um auch die Kapazitäten für die Zukunft abdecken zu können.

Auch Herr Erster Bürgermeister Steindl tendiert bzgl. der neuen Turnhalle mehr zum Standort Waldpark Lindach. Da die Multifunktionsfläche auch als Ersatz-Festwiese ausgelegt ist, könnte eine Halle an dieser Stelle auch bei bestimmten Veranstaltungen mitgenutzt werden. Der Vorteil gegenüber dem Wacker-Sportpark mit dem direkt angrenzenden, dichten Wohnumfeld wären die besseren Parkmöglichkeiten, die Anfahrtsmöglichkeiten und das anschließende Freigelände. Die jetzige Lirk-Halle kann noch mehrere Jahre genutzt werden, sodass in der Zwischenzeit das Konzept für eine neue Turnhalle entwickelt werden kann.

Für die SPD-Fraktion spricht laut Herrn Stadtrat Kamhuber einiges dafür, die neue Turnhalle im Waldpark Lindach zu errichten. Dieser Bereich könnte dadurch weiter gestärkt werden und die jetzt schon enge Situation im Wacker-Sportpark sollte durch eine neue Turnhalle nicht noch weiter verschärft werden.

Auch Herr Stadtrat Schacherbauer hält es für sinnvoll, die Errichtung einer neuen Turnhalle von der Errichtung des Ringerkomplexes zu trennen. Es steht außer Frage, dass das Lirk-Areal bereinigt werden sollte und die alten, nicht mehr zeitgemäßen Bauten beseitigt werden.

Wie mit der Lirk-Halle weiter verfahren wird kann im Moment noch abgewartet werden und sollte mit dem Wacker-Sportverein (insbesondere mit den jetzigen Nutzergruppen wie Tischtennis usw.) besprochen werden. Man sollte auch in diesem Zusammenhang überlegen, wo die Umkleiden und Duschen der Outdoor-Sportarten untergebracht werden sollen.

Bei der angedachten neuen Turnhalle sieht Herr Stadtrat Schacherbauer den Bedarf für eine Dreifachturnhalle gegeben. Vor allem der TV 1868 Burghausen e. V. und der DJK-SV-Raitenhaslach 1958 e.V. benötigen entsprechende Kapazitäten. Mit einer neuen Halle im Waldpark Lindach würde eine günstige Position für alle Nutzer geschaffen werden.

Nach Ansicht von Herrn Dritten Bürgermeister Stranzinger würde eine neue Turnhalle die Belegung der Schulturnhallen durch die Sportvereine entlasten. Sinnvoll wäre es, wenn die jeweiligen Vereinsvorsitzenden bei der Belegung der neuen Halle mit eingebunden werden, um den eigenen Bedarf entsprechend auslegen zu können.

Für Herrn Ersten Bürgermeister Steindl stellt sich nicht so der die Frage nach der Hallengröße. Für ein nachhaltiges Konzept ist hier eher der Typus der Halle (Soccerhalle, Funsporthele) entscheidend. Eine Halle mit diversen Sportgeräten bzw. verschiedenen Sportfeldern (z. B. Basketball, Volleyball, etc.) wird eigentlich nicht mehr benötigt. Um keine vorschnelle Entscheidung zu treffen soll zunächst eine Expertise erstellt werden.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Planung für den Anbau eines Ringerkomplexes an die bestehende Dreifachturnhalle im Wacker-Sportpark soll vom SV Wacker Burghausen e. V. weiter verfolgt werden.

Die Kosten der Baumaßnahme trägt die Stadt Burghausen.

Die Errichtung einer neuen Turnhalle wird zunächst zurückgestellt.

Mit allen 20 Stimmen

3.9. Errichtung von neuen Kindergartengruppen

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Der Anbau an den Kindergarten Zu Unserer Lieben Frau soll laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl zunächst noch zurückgestellt werden. Der Anbau beim Kindergarten Zauberwald hingegen sollte so schnell wie möglich realisiert werden.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Stadtrat gibt die Planung für die Erweiterung beim Kindergarten Zauberwald (Anbau an die bestehende Mehrzweck-Turnhalle) frei.

Mit allen 20 Stimmen

4. Finanzangelegenheiten

4.1. Verabschiedung des Haushaltsplans 2018 und Erlass der Haushaltssatzung für die Stadt Burghausen, die Kanzelmüller-Seminar-Fonds-Stiftung und die Johannes-Hess-Stiftung

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Kammhuber hält folgende Rede im Namen der SPD-Fraktion zum Haushalt 2018:

Für mich ist es heute meine erste Haushaltsrede.

An dieser Stelle möchte ich mich nochmal für die Glückwünsche zu meiner neuen Aufgabe als Fraktionssprecher bedanken und die Angebote einer konstruktiven Zusammenarbeit aufgreifen und mit aller Kraft und Geduld umsetzen.

Zum Haushalt:

Gleich zu Beginn die wichtigste Aussage: Die Fraktion der SPD stimmt dem vorgelegten HH 2018 zu.

Das Zahlenwerk hat unser Bürgermeister schon aufgezeigt jetzt geht es um eine Bewertung:

*Es ist ein enormer HH – enorme Einnahmen,
enorme Möglichkeiten,
aber auch enorme Herausforderungen*

Wir dürfen dabei aber nicht in übermütig werden und leichtfertig Ausgaben beschließen.

*Immerhin sind es Steuergelder die erwirtschaftet wurden durch
den Fleiß der Bürger und
durch Unternehmen und deren erfolgreiches Wirtschaften.*

Die Liste der Projekte im Vermögens-HH ist nimmt einem fast den Atem, insbesondere wohl denen, die das umsetzen müssen.

Wie: die BauVerw., Gebäude-Mgmt, Umweltamt, Bäder-Belegschaft

oder die städtischen Gesellschaften (wie WBG, BuWoG, Touristik),
Nicht zu vergessen die Mitarbeiter in der Geschäftsstelle Haupt- u. Finanz Verwaltung.
Ja, eigentlich muss jede Abt. und jedes Team genannt werden.
Denn so ein Rathaus ist wie ein aufeinander abgestimmtes Räderwerk: Wenn ein Rad hakt, dann blockiert und hemmt es Vieles in der Gesamtwirkung.
Ein Negativ-Posten kann viel Gutes an anderen Stellen in Misskredit bringen und zunichte machen.

Das Arbeits-Programm bedeutet auch Stress, Druck, und Belastung!
Wichtig bei den vielen Baumaßnahmen ist, dass keine Luftschlösser entstehen, sondern dass geschaffen wird:
- was die Stadt braucht,
- was evtl. auch im Vorgriff zu künftigen Aufgaben jetzt bereits erledigt werden kann.
Eben nur solche Projekte umgesetzt werden, die unsere Stadt stärken und vorwärts bringen!
Wichtig ist uns auch, dass wir niemand vergessen: Sowohl die Menschen, denen es gut geht, aber auch die, welche am Rand stehen und nur eingeschränkt leisten können, müssen wir berücksichtigen.

Mit diesem HH wollen wir Bgh stärken in:

Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze:

da sind zB die Investitionen der WiBet-Ges. zu sehen =>

- für den Ausbau Industrieflächen vor den Toren der Stadt,
- Hochschulgebäude
- für die knappen Gewerbeflächen Firmen finden, die zu Bgh passen.

Voraussetzungen für leistungsfähigen Einzelhandel schaffen.

- Das schafft auch in Zukunft das nötige Vertrauen für Initiativen der Wirtschaft.

Bgh stärken durch investieren in Qualität für Kinder u. Familien:

der neue KiGa mit Schwerpunkt Sport, Bewegung u. Ernährung,

schnell mit zusätzlichen KiGa-Gruppen durch Ausschöpfen baulicher Erweiterungsmöglichkeiten

Wartelisten abbauen und hoffentlich auch Gruppen verkleinern

Schulsanierung, Kinderspielplätze,

mit einem neuen Familienhaus wieder anknüpfen an die Möglichkeiten wie, die wir in den ersten Jahren im Guglhaus zu schätzen gelernt hatten.

Bgh stärken durch investieren in Sport u. Freizeit:

- Sportförderung, Lirkhallen-Ersatz am Sportpark,
- Ertüchtigung und Erweiterung unseres Hallenbads,
- zuverlässige Unterstützung der Vereinsarbeit

Bgh stärken durch investieren in Sicherung unsere Substanz der Infrastruktur:

Programm des Straßenausbau gemeinsam mit Ertüchtigung der Kanal- und Wasserversorgung fortsetzen
Breitbandausbau vorantreiben

Planung der Sanierung des Unterbaus der Salzlände.

Bgh stärken durch investieren in Kultur:

Josefskirche, Stadtmuseum fertig stellen, aber auch der Kulturetat insgesamt,

Musikschule, auch Musik am Wasserplatz oder Jazz am Bichl ; unsere Aushängeschilder mit Jazz und zur Geschichte Burghausen, und auch der Kultur in unserer Perle Raitenhaslach

Bgh stärken durch Wohnraum zu schaffen -

Wohl eine der dringendsten Aufgaben!

- Erschließen an der Burgkirchener Str. – mit Mietwohnungsbau bis hin zu Einfamilienhäuser,

- Der BuWoG-Bau an der Emanuel Kant Str.

- Bebauung der Kirschhallen-Fläche und privaten Bau ermöglichen.

- Gerade im Wohnungsbau legen wir in der SPD Wert auf das breite Spektrum:

von Sozialwohnungen, preiswerte Miet + ETW u. auch hochwertiger Geschoßwohnungsbau bis hin zu Einfamilienhäusern.

Ein Thema, das viele Bgh beschäftigt, ist das Salzachzentrum, ein weiterer wichtiger Zukunftsbaustein für die Stadt

Hier muss die Stadt für Infrastruktur investieren (Stichwort: Tiefgarage).

Die jetzt anvisierte Lösung, mit städtischen PkW Stellplätzen im neuen Teil des Salzachzentrums, kommt allemal günstiger, als die Fortsetzung der TG unter der Engl-Kreuzung (wie vor Jahren mal diskutiert).

Bei dem Projekt Salzachzentrum kann ich die Fragezeichen in den Gesichtern der Bürger verstehen.

Eine immer häufiger zu hörende Meinung muss zurecht gerückt werden:
Wer glaubt, die Stadt soll doch die Shoppingmal selbst bauen und betreiben, dem müssen wir unmissverständlich klar machen, wo die Grenzen einer Kommune sind, und welche Aufgaben wirklich nicht in öffentliche Hand gehören!

Wir, d.h. vor allem Bgm und Hr. Steinberger, haben erreicht, dass die Stadt als „Geburtshelfer“ mitwirkt. Das ist ein wichtiger Beitrag der Stadt, um zu die Richtung zu beeinflussen und zu vermeiden, dass das Areal zum nur noch Spielball von Spekulation ist. Das könnten wir am allerwenigsten brauchen.

Wir müssen aber auch ehrlich sein: Wir haben NICHT die Sicherheit, dass das Projekt erfolgreich wird. Doch die schlechteste Lösung wäre, jetzt zu resignieren, jetzt aufgeben und das Ziel fallen lassen, Bgh wieder zu einer Einkaufsstadt wachsen zu lassen!

Hier gilt: nicht Panik machen sondern Geduld und Hartnäckigkeit bewahren (andere Städte brauchten auch 10 Jahre und mehr), aber auch Risiken und Grenzen richtig einzuschätzen.

Ein weiteres, ebenso wichtiges Projekt für die Entwicklung der Neustadt ist die Hochschule:
Der Aufbau ist ausgezeichnet gelungen! Da gab es von ministerieller Seite in München ehrliche Anerkennung.

Der Start ins zweite Jahr zeigt, dass sie von den Jugendlichen angenommen wird.
Ich bin zuversichtlich, dass auch die Professoren mit ihren Lehrangeboten dieses Vertrauen nicht enttäuschen.

Unser Dank für die Aufbauleistung geht ans Team um Fr. Bolzern-Conrad, vor allem Hr. Steinberger

Ein Punkt der Anerkennung aber auch Kritik adressiert, betrifft die Finanzierung dazu:
Anerkennung ist auszusprechen, dass der Landkreis mit im Boot ist, im Gegensatz zu Mü u. Pfarrkirchen – (wobei ja von dem Geld für den Landkreissäckel über 40% aus Bgh kommt).
Aber Kritik richte ich nach München zur Staatsregierung: Wenn erst nach viel Hin und Her endlich Zuschüsse zur Finanzierung zugesagt sind, so frage ich mich:

warum nur Zuschüsse?

warum es überhaupt diese Diskussion braucht?

Steht doch in Art 138 der Bayer. Verfassung unmissverständlich:

„Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates“

Da war es doch ein Affront in München, zu sagen, „Ihr bekommt eine HS, wenn ihr euch um den Standort Vorort kümmert“.

Da wird im Landtag mit großem Tam-Tam eine Enquete- Kommission zu gleichwertigen Lebensbedingungen im Freistaat gegründet, um Benachteiligungen am Land abzubauen.

Gleichzeitig wird bei HS-Finanzierung massiv vorrangig der städtische Raum bedient und der ländliche muss schauen wo er bleibt!

Wer Bayern ernst nimmt, beachte bitte seine Verfassung.

Zu Recht erwarten wir das von den Menschen, die als Migranten bei uns aufgenommen werden wollen.

Aber genau so selbstverständlich sollte dies für die Staatsregierung gelten!

Viele der genannten Projekte bedeuten, dass Baumaschinen rollen und Beton verbaut wird.
Welchen Wert haben aber die schönsten Schulhäuser, Kindergärten oder Konzertsäle, wenn das Geld verweigert würde, um Leben dort reinzubringen.
Deswegen dürfen nicht nur Investitionen im Mittelpunkt stehen.

Oft lassen wir uns verleiten, die Personalkosten sehr, sehr kritisch zu sehen, weil dauerhafte Belastungen befürchtet werden, die in Notzeiten nicht abgebaut werden können.
Ehrlich betrachtet, haben auch Sachinvestitionen spürbare Unterhaltskosten zur Folge.

Da haben wir mit der KuMax-Aula, einen der schönsten Barock-Konzertsäle zw. Passau und Salzburg. Der Landkreis hat fast 1 Million investiert,

Da er aber an Hausmeisterkosten spart, sind viele denkbare Kulturveranstaltungen blockiert. In Wirklichkeit geht es um ein paar Tausend Euro und dem guten Willen dazu!

Ein Herzensanliegen ist mir Jugendarbeit. Insbesondere da ich in früheren Jahren als Kreisjugendring Vorsitzender intensiv in Jugendarbeit aktiv war.

Jugendarbeit ist auch in permanentem Wandel. Da haben sich neue Bedürfnisse entwickelt – nein, klarer formuliert: Es entstanden Nöte die früher so nicht sichtbar waren, und daraus entwickelten sich Notwendigkeiten zu reagieren, wie z.B. Schulsozialarbeit.

Wenn ich aber die offene Jugend-Arbeit außerhalb der Schule sehe, muss ich erkennen, dass sich die Stadt in früheren Jahren hier deutlich mehr um diese Personengruppe angenommen hat.

Ich meine, da müssen wir nach dem Umzug des Bauhofs gemeinsam einen guten Weg dazu finden.

Wichtig bei Jugendarbeit ist aber immer die unschätzbar wertvolle Jugendarbeit der Vereine zu nennen!

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind auf einem guten Weg, die Lebensqualität in unserer Stadt nicht nur zu sichern, sondern ausbauen und weiter entwickeln –

Hochschule, Jugendherberge, Kulturprogramm, Investitionen für Seniorenpflege, Wirtschaftsförderung zeigen das dazu viel passiert

Da all dies möglich ist, gilt es auch zu danken unseren Bürger und Unternehmen.

Die Unternehmen tragen Verantwortung, hohe Verantwortung; nicht nur für erfolgreiche Bilanzen sondern auch für Arbeitsplätze, gute Beschäftigung, saubere Umwelt, und. ... ja im Gegensatz zu Firmen, wie sie in den Panama- oder Paradise Papers aufgezeigt wurden, investieren unsere Firmen nicht nur hier in Arbeitsplätze, sondern sie zahlen hier auch Steuern.

Schon eine schräge Zeit, dass dies betont werden muss. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein.

Wir als Stadt tragen die Verantwortung, dass mit den Geldern vernünftig umgegangen wird.

Aber auf gleicher Augenhöhen zur Wirtschaft möchte ich den Dank an die Bürger unserer Stadt richten.

Es ist schon auch ein Burghauser Siegel, dass sich so viele Menschen für die Gemeinschaft einbringen.

Ich bin fest überzeugt, das ist der eigentliche Reichtum bei uns:

Hier liegt das eigentliche Herz unserer Stadt.

Wie arm wären wir, was alles würde fehlen,

würde jeder nur vorm Fernseher sitzen, nur sich selbst in Reisen oder Wellness verwirklichen.

Ist Engagement oft mit viel Arbeit verbunden, immer wieder auch mit Ärger,

so ist es doch auch für alle eine Bereicherung.

Ob Vereinsarbeit, Unterstützung für Flüchtlinge, soziale Arbeit in Jugend- oder Seniorengruppen, für Kinder oder in Kultur und Sport – was wäre Bgh ohne all dem!

Wie gerne stellen die Investitionen in der Stadt heraus, was alles investiert wird von der Industrie, dem Mittelstand oder der Stadt.

Aber erst das Bürgerengagement der Burghauser schafft Gemeinschaftsgefühl, Lebensfreude und das eigentliche Herz für Burghausens.

DAS ist doch das eigentliche Kapital unserer Stadt - auch darin liegt unsere Stärke,
parallel zu Industrie und Wirtschaft!

Abschließende danke ich im Namen der SPD Fraktion der Belegschaft des Rathauses mit ihren Außenstellen und Gesellschaften für das Zusammentragen des Zahlenwerks,

Frau Hauser und ihr Team für's Ausarbeiten und erstellen des HH-2018 der Stadt Burghausen

Auch Dank an den Bürgermeister. Wir kennen ja sein bohrendes Hinterfragen um Unnötiges zu entdecken und zu vermeiden

Bevor ich auf den HH-2018 eingehe, noch ein paar Worte zu meiner Arbeit im Stadtrat:

- Ich sehe es als Ehre u. Verpflichtung zum SR von den Burghausern gewählt zu sein.

- Sie haben mir, und das gilt für uns alle hier - ihr Vertrauen ausgesprochen,

das bedeutet Auftrag, Verantwortung und Verpflichtung, für jeden/jede der

hier im SR arbeitet (bewusst spreche nicht von „im SR sitzt“)

Seit Sept. bin ich Sprecher der SPD-Fraktion.

Das bedeutet weitergehende Aufgaben und Verantwortung, denen ich mich auch gerne stelle. Wenn es unterschiedlichen Meinungen zu anstehenden Entscheidungen gibt, will ich mich für sachlichen, inhaltlich orientierten Diskurs einsetzen – sachlich um die besten Lösungen zu ringen, zum Wohle der Stadt und nicht um persönlich Recht zu bekommen.

Herr Stadtrat Kokott hält folgende Rede im Namen der CSU-Fraktion zum Haushalt 2018:

Ich denke, dass gerade bei einer Haushaltsrede der Blick über die räumlichen Grenzen unserer zu erfüllenden Arbeit führen soll. Die Stadt Burghausen soll die Gedanken und Blicke automatisch auch über die Grenzen hinaus nach Bayern, auf den Standort Deutschland, Europa oder auch das Weltgeschehen lenken. Durch die internationale Sicherung unserer Firmen und die Globalisierung der Märkte, eine fortschreitende Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft und auch die rasante Geschwindigkeit in der Nachrichten miteinander vernetzt werden, sind wir in alles noch intensiver eingebunden.

Brexit, Trump, Putin, Nordkorea, Flüchtlingskrise, Klimawandel, Rechtsruck in Europa, Unabhängigkeits-tendenzen und Kleinstaaterei, Einzug der AfD in den deutschen Bundestag, keine Bundesregierung ... - diese wenigen Stichwörter zeigen, dass wir in besonderen Zeiten leben.

In unruhigen Zeiten. Ungewiss, wohin die große Reise geht. Das verunsichert die Menschen. Auch uns. Wie sieht die Welt im Jahr 2020 aus? Viel zu kurz gedacht, werden jetzt viele denken. Aber hat einer von uns sich vor drei Jahren vorstellen können, dass Donald Trump Präsident wird, in Frankreich weder Sozialisten noch Konservative in die Stichwahl kommen oder dass Tesla mittlerweile an der Börse fast so wertvoll ist wie die Daimler AG, obwohl Tesla nur 100.000 Autos pro Jahr baut, Daimler dagegen zwei Millionen?

Wahlergebnisse sind – bundes- wie kommunalpolitisch – nicht Ausdruck einer zufälligen Tageslaune der Wählerinnen und Wähler. Sie bringen vielmehr zu Tage, was die Bevölkerung stört und worüber sie sich Sorgen macht - auch unterschwellig.

Politisch ist bei der Bundestagswahl am 24. September nicht nur einfach ein Sturm hinweggefegt. Da wurden nicht nur ein „paar Bäume“ umgeknickt. Es gab tektonische Verschiebungen. Die Parteien, vor allem die CDU/CSU und SPD, bekamen die Quittung für die Flüchtlingspolitik - aber nicht nur deswegen.

Viele Bürgerinnen und Bürger reflektieren nicht lange hin und her, welche politische Ebene nun denn für welchen Missstand verantwortlich ist. Sie ärgern sich über zu teure Wohnungen, über nervtötende Staus oder über sanierungsbedürftige Schulen, und wollen „denen da oben“ einen ordentlichen Denkkettel verpassen. Und wenn sich jemand findet, der diesen Unmut lautstark artikuliert, dann wird auf dem Wahlzettel dort das Kreuz gemacht, egal ob diese Partei Lösungen anbietet oder nicht, egal ob man die Personen kennt oder nicht.

Wie komme ich jetzt wieder aus diesen düsteren Überlegungen heraus und zum eigentlichen Thema HH 2018. Am besten dadurch, dass man positives herausstellt. Im NachtragsHH 2016 mussten wir noch die angesetzten Gewerbesteuereinnahmen von 48,0 Mio. € auf 28,3 Mio. € reduzieren und im NachtragsHH 2017 konnten wir dann den Ansatz von 42,0 Mio. € schon wieder um stattliche 34,0 Mio. € auf 76,0 Mio. € erhöhen. Und für 2018 planen wir bei geschätzter Gewerbesteuer von 72,0 Mio. € mit einem Rekord-GesamthH von 146,4 Mio. €. Neben diesen erfreulichen HH-Eckdaten sollten wir erstmals eine Zahl in die HH-Debatte einführen, die der 1. Bgm. in der Bürgerversammlung genannt hat: Die Bilanzsumme aller städtischen Gesellschaften zusammen ergeben ein Volumen von knapp 106 Mio. €. Hierin steckt ein erheblicher Teil als Eigenkapital der Stadt.

Und eine gute HH-Lage bedeutet in erster Linie Verantwortung. Eine Verantwortung, die sich der Stadtrat der Stadt Burghausen und die Stadtverwaltung durchaus bewusst ist und auch annimmt.

Diese Verantwortung lässt uns auch Aufgaben erfüllen, um die wir uns nicht beworben haben. Menschen aus allen Teilen der Welt kommen zu uns und müssen untergebracht werden. Wo? „Nicht bei mir, lieber woanders“, hören wir dabei immer wieder. Darüber hinaus dürfen wir auch die Menschen nicht vergessen, die schon immer bei uns leben und die vom wirtschaftlichen Wachstum nicht so stark profitieren. Das tun wir auch nicht. Wir investieren im kommenden Jahr zusammen mit der BuWoG rund 10 Millionen Euro in den Sozialen Wohnungsbau an der Immanuel-Kant-Str.. Bereits 5 Millionen wurden letztes Jahr am Holzfelder Weg für Sozialwohnungen verbaut.

Verantwortung zeigen wir auch bei den Themen Schulausbau und Kinderbetreuung. Diese zeigt, wie gute soziale Infrastruktur wirkt: Sie nützt armen und besser gestellten Kindern und Eltern gleichermaßen. Sie schafft Integration und Zusammenleben über soziale, kulturelle und ethnische Grenzen hinweg. Kinder lernen Sprache am Besten in der Praxis mit anderen Kindern. Wir steigern den Anteil für die Kinderbetreuung auf 4,2 Millionen € im HH-Jahr 2018 von „Zuweisungen und Zuschüsse“ über 9,8 Mio. €. Damit schaffen wir gute Betreuung, gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Bildungsaussichten für alle Kinder.

Es gibt keine bessere Investition, als die Investition in Kinder und deren Bildung; denn sie sind unsere Zukunft! Das größte Potenzial unseres Landes ist unser Know-how. Deshalb ist es ein vordringliches politisches Ziel der CSU-Fraktion, für bestmögliche Lehr- und Lernbedingungen an unseren Bildungseinrichtungen zu sorgen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Empfängern unserer freiwilligen Leistungen, bei allen Vereinen, Verbänden, Organisatoren und den vielen Einzelpersonen für das vielfältige ehrenamtliche Engagement namens der CSU-Fraktion bedanken. Sie tragen damit ganz wesentlich zum Zusammenhalt in unserer Stadtgemeinschaft bei.

Ein Thema, das m.E. nicht in einer HH-Rede fehlen darf ist die Sicherheit. Gutes Leben heißt auch, sich zu Hause in seiner Stadt sicher zu fühlen. Burghausen ist eine sichere Stadt. Aber Sicherheit und Sicherheitsempfinden weichen voneinander ab. Es müssen Sicherheit und Sicherheitsempfinden vor allem durch Prävention verbessert werden. Dunkle Ecken, fehlende Videoüberwachung und Beleuchtung sowie Regelverstöße im öffentlichen Raum mindern das Sicherheitsempfinden selbst dann, wenn eigentlich keine Gefahr besteht. Deshalb sollte konsequent die Beleuchtung überprüft und dort, wo das Sicherheitsempfinden beeinträchtigt ist, verbessert werden. Ein Vorschlag wäre z.B., den Panoramaweg auch zu beleuchten, denn er wird intensiv als Spazierweg genutzt. Auch muss die Stadt konsequent die Beseitigung von verunstaltenden Graffiti betreiben und wo notwendig auch unterstützen.

Sicherheitsdienste können keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen, aber entlasten. Und können als ein Baustein der Prävention an neuralgischen Punkten eingesetzt werden, bevor ernstzunehmenden Probleme eskalieren. Das sichert Teilhabe für alle, denn Angsträume gefährden Teilhabe. In unserer Stadt Burghausen kann man überall hingehen. Dessen soll sich jeder und jede sicher sein. Es kommt auf objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsempfinden an. Das verlangt ein enges Zusammenwirken von Sicherheitsbehörde und sozialer Infrastruktur. Sicherheitsempfinden ist eine sozialpolitische und eine ordnungsrechtliche Aufgabe.

Eine Herausforderung für unsere Stadtverwaltung wird die Digitalisierung und Prozessverbesserung sein. Modernisierung der Verwaltung bedeutet nicht nur Anpassung der Organisationsstruktur, sondern vor allem die Verbesserung der Abläufe zu mehr Effizienz und Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe ermöglicht und zwingt die Verwaltung, ihre Abläufe und Prozesse systematisch zu überprüfen und zu verbessern. Prozesse werden sich auf dem Weg vom Papier zur digitalen Form verändern. Zum Beispiel der Rechnungslauf: bisher durchläuft eine Rechnung vom Eingang in der Poststelle bis zur Auszahlung durch die Bank viele Arbeitsschritte und braucht dazu einige Wochen, wenn alles gut läuft. Digitalisiert steht sie allen zeitgleich zur Verfügung und wird nicht mehr von denen aufgehalten, die nur Kenntnis nehmen. Sie kann zukünftig schon parallel bearbeitet werden.

Man kann die Digitalisierung aber auch dazu nutzen, die Organisation und die Abläufe insgesamt zu überprüfen, zu modernisieren und voranzubringen. Verbesserte Strukturen sind der Weg, um auch das strukturelle Defizit abzubauen, die Mitarbeiter zu entlasten und Abläufe übersichtlicher und transparenter zu gestalten.

Um zu verdeutlichen, was sich hinter dem abstrakten Begriff „Digitalisierung“ verbirgt, eine beispielhafte Aufzählung von Begriffen:

E-Akte, E-Rechnung, E-Payment, Rechnungs-Workflow, E-Vorgangsbearbeitung, E-Vergabe, E-Zusammenarbeit, Beschaffungs-Workflow, digitale Personalakte, Portal, Archivierung.

Diese Zukunftsaufgaben zu bewältigen (noch ein Stichwort: Datenschutzgrundverordnung) schlägt die CSU-Fraktion die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle „Digitale Verwaltung“ vor, wo System- und Prozessexpertise konzentriert werden können.

Und dass auf die Stadtverwaltung viel zukommt verdeutlichen auch 2 Headlines in der ANA: „Ab Frühjahr bestimmen Baukräne das Stadtbild: Bgm. Hans Steindl rechnet für 2018 mit Burghauser Gesamtinvestitionen von 200 Mio. Euro“ und „Stadt will heuer 47 Millionen investieren“.

Aber nicht nur die Stadtverwaltung muss viel bewältigen sondern auch unsere städtischen Gesellschaften. Die städtischen Gesellschaften sind insgesamt sehr gut aufgestellt und leisten mit ihren Geschäftsführern und Mitarbeitern hervorragende Arbeit. Sei es mit Investitionen im sozialen Wohnungsbau; im Weiterbau des Güterterminals; in der Entwicklung der Hochschule in Burghausen oder im Vermarkten der Marke Burghausen, hier besonders die Christbaumaktion in München zu erwähnen. Namens der CSU-Fraktion an die Geschäftsführer unseren herzlichen Dank für ihre bewundernswerten Leistungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr.

Die guten Haushaltszahlen verdanken wir unserer heimischen Industrie, die vorausschauend und innovativ sich für die Zukunft aufgestellt hat. Es ist aber auch der Verdienst vieler mittelständischer Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Burghauser Betrieben. Die Burghauser Wirtschaftsstruktur wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Den Anforderungen von Großunternehmen gerecht werden und gleichzeitig auch denen der kleineren und mittelständischen Unternehmen - das ist unsere Aufgabe.

Die Erfolgsbilanz unserer schönen Stadt Burghausen ist natürlich nicht allein das Verdienst des Stadtrates. Sie ist nur im Zusammenspiel von Stadtrat und Stadtverwaltung möglich. Unser Dank geht deshalb an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, beim Bauhof und dem Wasserwerk für die geleistete Arbeit und für die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.

Danken möchten wir auch den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für die Zusammenarbeit. Trotz mancher Unterschiede ist es uns auch im Jahr 2017 wieder gelungen, über Fraktionsgrenzen hinweg tragfähige und weitsichtige Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Burghausen zu treffen. Ich danke dem 1. Bürgermeister und seinen beiden Stellvertretern für ihre Arbeit und besonders den Mitgliedern meiner Fraktion. Ich wünsche ihnen allen ein erfolgreiches, gesundes und krisensicheres Jahr 2018.

Um Zukunft zu gestalten, um die Zukunftsfähigkeit unserer schönen Stadt Burghausen zu erhalten, wird die CSU-Fraktion auch weiterhin verlässliche und solide Stadtratsarbeit leisten und nun diesem Haushalt 2018 die Zustimmung geben.

Herr Stadtrat Schacherbauer hält folgende Rede im Namen der UWB-Fraktion zum Haushalt 2018:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Steindl,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

wir – die Unabhängigen Wähler Burghausen - stellen ein ganz herzliches Dankeschön an den Anfang:

Unser Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Burghausen, aber auch allen anderen, die in unserer Stadt Jahr für Jahr mit ihrer Arbeit, ihren Leistungen und ihrem ehrenamtlichen Engagement den Grundstock für deren Kraft und Wohlstand legen.

Unser herzlicher Dank geht auch an die örtlichen Industrie-Unternehmen, die mittelständischen Unternehmen, die Dienstleister, Handwerker und Einzelhändler in Burghausen.

Auch Ihnen, Herr Bürgermeister Steindl, sowie allen Mitarbeiter in der Stadt, im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltes insbesondere unserer Kämmererin Frau Ursula Hauser, in den städtischen Gesellschaften und Unternehmen gilt ein herzliches Dankeschön; und nicht zuletzt auch Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die faire Auseinandersetzung und die gute wie sachliche Zusammenarbeit auch im zurückliegenden Jahr.

Heute am Aschermittwoch richtet sich das öffentliche Interesse auf die Aschermittwochsveranstaltungen der Parteien. Aber auch zur Haushaltsdiskussion schadet ein Blick auf die bundes- und landespolitische Entwicklung nicht.

Meine Damen und Herren,

das, was wir im Zusammenhang mit der Findung einer neuen Regierung in Berlin erleben müssen, hat mit unserem Verständnis von Demokratie, von Gewaltenteilung und der Souveränität eines vom Bürger gewählten Parlaments und effektiver, bürgernahe Politik wenig gemein.

Ganz anders stellt sich die Situation in den kommunalen Parlamenten – insbesondere im Stadtrat Burghausen - dar.

Hier wird auch effektiv und zielgerichtet zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger gearbeitet.

Daher ist auch der Haushaltsplan 2018 - wie gewohnt – bestens vorbereitet, nachvollziehbar geplant, plausibel dargestellt und schlüssig.

Wichtig ist für uns - und das sieht der Haushalt 2018 vor -, die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll für die Bürgerinnen und Bürger sowie zum Wohl der Stadt einzusetzen.

Im letzten Jahr hatte ich zum Haushalt 2017 festgestellt, dass dieser mit einem Verwaltungshaushalt von 69,5 Mio. € und einem Vermögenshaushalt von 17,5 Mio. € kein Haushalt der Superlative sei.

Der Haushaltsabschluss 2017 hat mich mit einem Verwaltungshaushalt von 103,7 Mio. € und einem Vermögenshaushalt von 35,7 Mio. €, insgesamt somit 139,4 Mio. € eines Besseren belehrt.

Und nun der Haushaltsentwurf 2018:

Verwaltungshaushalt: 99,7 Mio. €

Vermögenshaushalt: 46,7 Mio. €

Gesamt: 146,4 Mio. €

Schon wieder ein Rekordhaushalt!

Dieser Haushalt spiegelt erneut und eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der Stadt Burghausen in der ganzen Bandbreite der kommunalen Aufgaben wider.

Die Kreisumlage - heuer aufgrund des zeitlichen Versatzes mit 19,0 Mio. € vergleichsweise bescheiden -, die Gewerbesteuerumlage (17,5 Mio. €) und die Personalausgaben (9,4 Mio. €) inklusive Personalkostenzuschuss

für die Kindergärten (3,7 Mio. €) stellen im Haushalt mit addiert knapp 50 Mio. € nach wie vor einen großen Kostenblock dar.

Aber allein im Verwaltungshaushalt verbleibenden damit knapp 50 Mio. €, die darüber hinaus sinnvoll für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt eingesetzt werden.

Hinzu kommt die deutliche Steigerung im Vermögenshaushalt, der die aktive Rolle der Stadt im Bereich der Investitionen widerspiegelt.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns den Haushalt 2018 an dem messen, was unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die ortsansässigen Unternehmer bewegt und interessiert.

Sehr häufig findet sich dies in Schlagzeilen der lokalen Presse.

„Ab dem Frühjahr bestimmen Baukräne das Stadtbild“ war in der Vorschau auf das Jahr 2018 zu lesen.

Und vorne weg geht auch hier die Stadt mit ihren städtischen Gesellschaften insbesondere der BuWoG und der WiBG.

Über die BuWoG haben wir preisgünstigen Wohnraum am Holzfelder Weg geschaffen und werden mit der Maßnahme am ehemaligen Verkehrserziehungsgarten zentrumsnah weiteren günstigen Wohnraum bereitstellen.

Im Stadtinnenbereich an der Ernst-Reuter-Straße haben wir für private Investoren Baurecht geschaffen. Im Wege der zentrumsnahen Nachverdichtung wird auch auf diesem Gelände weiterer Wohnraum für Mieter und Eigentümer entstehen.

Entlang der äußeren Burgkirchner Straße und auf dem Gelände der ehemaligen „Kirsch-Halle“ werden von der Stadt neue, große Baugebiete geschaffen, um der Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger

sowohl im Bereich des Geschosswohnungsbaus als auch beim Erwerb von Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern gerecht zu werden.

Im Haushalt 2018 stehen allein für den Grundstückserwerb hierzu 3,2 Mio. € im Raum.

Die Refinanzierung erfolgt dann über die Veräußerung der Grundstücke an die Bauinteressenten zu den von der Stadt festzulegenden Preisen und Konditionen.

Sowohl innerhalb des Stadtrates wie auch in der Bürgerschaft – manchmal in sachlich und inhaltlich unrichtigen Leserbriefen – wurde in diesem Zusammenhang der Flächenverbrauch kritisiert.

Dem ist entgegenzuhalten, dass wir sehr wohl auf eine nachhaltige und bürgerorientierte Entwicklung achten. Nachverdichtung in vertretbarem Maß führen wir dort durch, wo es sinnvoll und angebracht ist – primär zentrumsnah.

In anderen Bereichen – insbesondere im Stadtrandbereich – darf aber gerade der Wunsch und die Nachfrage nach dem eigenen Haus mit Garten in einer Stadt wie Burghausen nicht einem Dogma der grenzenlosen Nachverdichtung geopfert werden.

Auch andernorts werden im Stadtgebiet Baukräne stehen.

Für die Kindergärten – und dies ist der Bereich der Pflichtaufgabe – leistet die Stadt Burghausen einen Personalkostenzuschuss von 3,65 Mio. € jährlich.

Die zusätzliche und freiwillige Übernahme aller Kindergartengebühren und – neu - der Kinderkrippengebühren mit 450 T€ ist wegweisend und ein deutliches Zeichen für unsere kinder- und familienfreundliche Politik.

Ich möchte an dieser Stelle nur zur Verdeutlichung darauf hinweisen, dass z.B. in München monatlich 500 € und mehr für einen Kinderkrippenplatz bezahlt werden müssen.

Die Stadt Burghausen unterstützt zudem das Projekt des „Bewegungs-Kindergartens“ mit dem SV Wacker Burghausen als Träger.

Hierzu werden wir einen neuen Kindergarten auf dem ehemaligen „Kerzl-Grundstück“ an der Gruber- und Kammererschule errichten - mit geplanten Kosten von 3,5 Mio. €.

Dass die Übernahme der Kinderkrippengebühren durch die Stadt eine erhöhte Nachfrage nach Krippenplätzen nach sich zieht und daraus ein weiterer Raum- und Personalbedarf folgt, war uns – augenscheinlich im Gegensatz zu manch anderem – klar.

Deshalb ist es folgerichtig, dass wir auch in den bestehenden Kindergärten und -krippen nachrüsten und zusätzliche Raumangebote schaffen werden.

Wir – die Fraktion der Unabhängigen Wähler - werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass es in Burghausen eine vielfältige Landschaft der Kinderbetreuung gibt und die Eltern davon ausgehen können, dass sie eine chancengleiche Betreuung, die sie für ihre Kinder und in ihrer Lebenssituation brauchen, in Burghausen finden - und zwar in hoher Qualität.

In die Burghauser Schulen haben wir fortlaufend und intensiv investiert. Auch in 2018 wird dies fortgeführt - insbesondere mit dem weiteren Umbau und der Modernisierung der Johannes-Hess-Schule, die auch im Haushalt mit 2,5 Mio. € angesetzt ist – bei einer Gesamtinvestition von 6,4 Mio. €.

Burghausen als Hochschulstandort als ausgelagerter Teil der Hochschule Rosenheim ist Realität.

Mit dem geplanten zweiten Hochschul-Gebäude an der Marktler Straße steht eine weitere große Investition und Baumaßnahme im Stadtzentrum vor dem Start. Hier wird die WiBG – mit Mitteln der Stadt Burghausen ausgestattet - als Bauherr aktiv.

Für die Zukunft der Hochschule ist die Errichtung des „Laborgebäudes“ am BBiW notwendig. Die wichtigen Schritte auch für diese zukunftsorientierte Maßnahme mit einem Bau-Volumen von ca. 25 Mio. € sind eingeleitet.

Wenn es um Baukräne im Stadtzentrum geht, darf ein Thema nicht fehlen:

HBB und das neue „Salzach Forum“.

2014 haben wir darauf hingewiesen, dass das Projekt „Salzachzentrum“ und die Entwicklung der „Einkaufsstadt Burghausen“ unter Taurus nicht erkennbar waren.

2017 haben wir dem neuen Investor – HBB - ein deutlich zielgerichteteres Handeln bescheinigt, aber nach wie vor warten unsere Bürgerinnen und Bürger auf die Umsetzung mit dem deutlichen Signal des Baubeginns.

Dennoch muss an dieser Stelle herausgestellt werden, dass es insbesondere aufgrund des enormen Engagements und der schier unendlichen Geduld von Anton Steinberger als Geschäftsführer der WiBG gelungen ist, die Grundlagen für einen nunmehr hoffentlich zeitnahen Baubeginn zu schaffen.

Insbesondere durch die Errichtung „stadteigener“ Tiefgaragenstellplätze unter dem „Salzach-Forum“ – Eigentümer wird die WiBG sein – mit Anschluss und Zugang sowohl zur Marktler Straße wie auch zur Robert-Koch-Straße einschließlich der Außenbereichsgestaltung wird hier die „Einkaufsstadt Burghausen“ entscheidend mitgestaltet.

Nur – und das muss an dieser Stelle nochmals und deutlich gesagt werden: Die Stadt ist nicht Grundstückseigentümer und Bauherr des „Salzach-Forum“. Die Entscheidung zum Bau liegt allein und ausschließlich bei HBB.

Das Projekt „Salzach-Forum“ führt auch zu anderen Schlagzeilen:

Markant ausgedrückt „Vom Parkparadies in die Parkhöhle“ oder gemäßigter formuliert „Müssen Autofahrer in Burghausen bald für Parkplätze bezahlen?“

Dem Thema „Parken in der Stadt“ wird sich der Stadtrat nicht nur vor dem Hintergrund einer zeitlichen oder monetären Bewirtschaftung der Tiefgaragenstellplätze widmen müssen.

Angesichts des - gerade in Bürgerversammlungen immer wieder gerügten – Parkverhaltens in Wohngebieten und der Nutzung von Anwohnerstraßen zum Dauerparken muss ein Konzept auch für die

Nutzung der Oberflächen-Parkplätze im Stadtgebiet das Ziel sein.

Dabei wird eine Bewirtschaftung sowohl im Hinblick auf kostenfreie Zeiten wie auch auf Tarifstrukturen am Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und der „Einkaufsstadt Burghausen“ auszurichten sein.

Mit der Überschrift „Besucherrekord stärkt Ausbaupläne“ für das städtische Hallenbad kommen bereits die nächsten Baukräne in Sicht.

Die Erfolgsgeschichte des Hallenbades setzt sich weiter fort. Um mit Ihren Worten zu sprechen, Herr Bürgermeister: hier spielen wir in der Bundesliga.

Um dem immer weiter steigenden Interesse und der Nachfrage in der gewohnten Qualität gerecht zu werden und sich für die Zukunft aufzustellen, ist eine Erweiterung des Hallenbades verbunden mit einer Neukonzeption bei einem Gesamtvolumen von 3,5 Mio. € geplant.

Um hier den Sprung in die „Champions-League“ zu schaffen und – nach dem Motto „ein Bad für alle Ansprüche - die Wünsche auch der jungen Hallenbad-Besucher zu bedienen, sollten wir durchaus die große Planung mit einer Rutsche eingehender betrachten.

Neben dem Hallenbad, das auch die Heimat und Trainingsstätte der Schwimmer des SV Wacker Burghausen ist, ist im Rahmen der Sportförderung bereits im Haushalt 2018 ein Betrag von 2,0 Mio. € von gesamt 3,5 Mio. € für den Bereich „Lirk-Halle“ bzw. „neue Ringer-Halle“ im Sportpark eingeplant.

Die Wichtigkeit der städtischen Sportförderung und die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für unsere Sportlerinnen und Sportler zeigt einmal mehr der jüngste Erfolg der Ringer des SV Wacker Burghausen mit der Deutschen Meisterschaft 2018.

Dazu an dieser Stelle nochmals unser herzlicher Glückwunsch an alle aktiven Ringer und Trainer, aber auch an die ganze „Ringer-Familie“ für deren ehrenamtliches, unbezahlbares Engagement.

Meine Damen und Herren,

ich bin mit den Baukränen noch nicht am Ende.

Am Güterterminal mit dessen Erweiterung und der Freiflächennutzung mit Neuansiedlung von Gewerbebetrieben schafft die Stadt Burghausen einen ganz wesentlichen Betrag für die lokale Wirtschaft, aber auch für die Region.

Der Güterterminal mit den gewerblichen Niederlassungen in seinem Umfeld entwickelt sich mehr und mehr zum Motor für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes.

Dies ist wichtig und dort brauchen wir als Stadt Burghausen nicht nur die Unterstützung des Landkreises Altötting sondern insbesondere des Freistaates Bayern.

Bei aller berechtigten Diskussion um PFOA im Trinkwasser umliegender Gemeinden wird die gerade uns – völlig unverschuldet - treffende Belastung des Bodens mit PFOA-Verunreinigungen am Güterterminal und den umliegenden Flächen vernachlässigt.

Hier brauchen wir kurzfristig und entschieden die Unterstützung des Freistaates Bayern, um den Standort Burghausen auch künftig attraktiv und wirtschaftlich ausbauen zu können.

Baukräne werden künftig wohl auch mit finanzieller Unterstützung Stadt Burghausen bei einer Erweiterung der Einrichtungen des BRK am Krankenhausgelände zum Einsatz kommen. Dies dient unmittelbar den Einsatzgruppen des BRK wie Wasserwacht und Bereitschaft – nicht unmittelbar der Kreisklinik Burghausen.

Zur Kreisklinik Burghausen – Herr Bürgermeister Steindl – warten die Bürgerinnen und Bürger, die für den Erhalt des Hauses gekämpft haben, nach wie vor auf ein nachhaltiges Nutzungskonzept.

Neben Baukränen wünschen wir uns aber auch Raupen und Walzen.

Der Lückenschluss B 20 mit der Ortsumgehung von Burghausen und damit einer längst fälligen Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, gerade auch an der Burgkirchner Straße, muss weiter vorangetrieben werden.

Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, hier im Wege interkommunaler Verständigung - auch mit der Gemeinde Mehring – eine die Interessen aller Beteiligten berücksichtigende Lösung zu finden, um dann schnellstmöglich in die Umsetzungsphase eintreten zu können.

Zum Abschluss darf ich für die Fraktion der Unabhängigen Wähler Burghausen feststellen, dass wir dem von Ihnen, Herr Bürgermeister Steindl, und der Stadtverwaltung vorgelegten Haushalt 2018 zustimmen.

Herr Stadtrat Angstl hält in Vertretung von Herrn Stadtrat Strebel folgende Rede im Namen der GRÜNEN-Fraktion zum Haushalt 2018:

Die Dynamik und die Aktivitäten von BM Hans Steindl bündeln sich im Haushalt 2018 – die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird durch das hohe Steueraufkommen ermöglicht; eine Zuführung zu den Rücklagen ist geplant.

Die im Haushaltsplan aufgeführten Maßnahmen würden in vergleichbaren Kommunen vermutlich in einem 10 Jahres Plan aufgelistet – hinzukommen umfangreiche Zuweisungen und Zuschüsse von denen andere Städte nur träumen können!

Schulen, Spielplätze, Kindergärten und eine Jugendherberge zu bauen und mit neuen Hilfsmitteln auszustatten gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer städtischen Gemeinschaft. Das Beispiel Kindergarten „Zur Lieben Frau“ zeigt wie kostengünstig der Bau umgesetzt werden kann. Oder wie der Bewegungskindergarten Mozartstraße in Kooperation mit dem SV Wacker die bisherigen Schwerpunkte der vorhandenen Kindergärten erweitert.

Der Umbau der Johannes Heß Schule ermöglicht in einer alten Hülle einen modernen Schulbetrieb. Und welche Stadt hat eine neu gestaltete Jugendherberge in dieser Lage oder plant einen spannend gestalteten Niedrigseilspielplatz?

TU München, Realschule und Hochschulcampus werden mit ca. 600 000 € bezuschusst und gefördert. Für uns Bündnis/Grüne hat sich das Akademiezentrum der TU positiv etabliert und der Ausbau der Hochschule im Stadtzentrum wurde optimal durch die städtische Gesellschaft gemanagt. Dadurch wird die Neue Mitte attraktiver und nachhaltiger belebt.

Die weite Entwicklung durch die Campus Betriebsgesellschaft muss sich an dem bisher geleisteten messen.

Unser Sportreferent treibt aber auch in einem anderen Sektor an:

Eine erste Rate für die Lirkhalle, ca. 1. Mio als Zuweisung für den Sport,

Mittel für die Planungen einer Erweiterung des Hallenbades:

zusammen mit den Verantwortlichen der Vereine und einer aktiven Bäderverwaltung setzt BM Steindl im Freizeitbereich neue Schwerpunkte.

Mit der Übernahme der Betriebskostendefizite der Bäder und Kindergärten, einem gut ausgestatteter Sozialfond;

die Unterstützung der Bürgerinsel, der Vereine einschließlich der VHS und der Übernahme der Krippen- und Kindergartengebühren bietet Burghausen nicht nur für Familien ein breites Angebot, sondern entlastet auch das Familieneinkommen.

Um breiteren Bevölkerungsschichten Wohnraum anzubieten wird mit der Wohnbebauung an der Immanuel-Kant-Straße die Stadt mit 3,5 Mio € im Wohnungsbau aktiv.

Von den betroffenen Bürgern wird die notwendige Verdichtung in der Neustadt teilweise als störend empfunden. Dabei wird vergessen, dass eine grüne Achse vom Stadtpark über den Wöhrsee bis hin zum Salzachtal Burghausen verbindet. Hinzu kommen eingestreute, gut ausgestatteten Kinderspielplätzen die eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen.

Tatsächlich verdichtet sind unsere Altstädte

- in den Neustädten werden dem motorisierten Verkehr große Flächen zugestanden, die dagegen klaglos akzeptiert werden.

Die Verdichtung halten wir für sinnvoll, auch wenn die Nachfrage nach Einzelhäusern gefühlt hoch ist – für uns ist der Flächenverbrauch am Stadtrand deutlich zu hoch. Auch wenn der Stadtrat versucht in jedem Fall eine Abwägung der unterschiedlichen Interessen zu finden – als Grüne würden wir uns entlang der Burgkirchner Straße mehr Geschoßwohnungsbau für Eigentumswohnungen mit einem mittleren Qualitätsstandart für junge Familien wünschen um deren Ansprüche abzudecken. Wir sehen auch in diesem preisgünstigeren Segment für Eigentumswohnungen eine Nachfrage!

Der verbreitete Anspruch auf Einzelhäuser – noch dazu auf preisgünstigen Grundstücken - kann in Burghausen in keinem Fall erfüllt werden; dazu ist unser Stadtgebiet zu beschränkt. Als Grüne würden wir uns hier einen anderen Mix wünschen.

Für die neuen Baugebiete mit Reihen- Doppel und Einzelhäuser werden zusammen mit dem Grunderwerb in der Bgk Straße 3.2 Mio € bereitgestellt.

Vor einem Jahr haben wir Grüne die Diskussion um die Gestaltung der Neue Mitte mit der Bürgerschaft angemahnt. Jetzt zeichnen sich nach intensiven Vertragsverhandlungen ein schwacher Hoffungsstreifen für den Baubeginn des Salzachforums ab, der mit vielen Erwartungen verbunden wird.

In den nächsten Jahren sind insgesamt 3 Mio für die Planung und Oberflächengestaltung der Marktler Straße am Salzachforum eingeplant.

Für die Beteiligungsgesellschaft wurden 2016 und in diesem Jahr insgesamt 6 Mio bereitgestellt. Die Vorgaben, Annahmen und Planungen des beauftragten Büros für die Neue Mitte liegen uns leider noch nicht vor.

Bürgerschaft, Immobilienbesitzer und Gewerbetreibende erwarten noch immer in diese Weichenstellung eingebunden zu werden. Die neuen geplanten Erschließungen und Verbindungen bedingen auch für die anderen Verkehrsteilnehmer Veränderungen. Wenn wir den Radverkehr und die fußläufige Erreichbarkeit der Innenstadt fördern wollen sind im Stadtzentrum um die Englkreuzung und die Robert Koch Straße mehr Flächen für den nicht motorisierten Verkehr erforderlich.

Die Neue Mitte klingt wie ein Versprechen an die BürgerInnen - an diesem wollen sie aber aktiv beteiligt werden.

Der ruhende Verkehr in der Neustadt soll nach der Errichtung der TG im Salzachforum neu bewirtschaftet werden, eine Hochgarage am Bahnhof wird von Investoren gebaut. Ob die Bewirtschaftungskosten durch einen externen Dienstleister sinnvoll und notwendig erscheinen, muss noch diskutiert werden.

Um den ruhenden Verkehr neu zu ordnen halten wir eine zeitliche und monetäre Bewirtschaftung der gesamten Stellplätze für sinnvoll. Auch in der Erwartung, dass die Hochschule - und langfristig hoffentlich auch die Shopping Mall - ein Erfolg werden.

In jedem Fall kann die üppige Ausstattung mit TG Stellplätzen in Burghausen auf Dauer nicht kostenfrei angeboten werden. Die eingeplanten 1 Mio für die Oberflächengestaltung vom Bahnhof bis hin zur Robert Koch Straße müssen zusammen mit den Betroffenen gestaltet und geplant werden

– insgesamt sind für den Straßenbau im Stadtgebiet 3,62 Mio € veranschlagt.

Die 100 000 € für die Planung eines Parkhauses in der Zaglau mit ca. 2 Mio Baukosten halten wir nicht für notwendig! Auch die Parksituation in der Altstadt wird nicht für alle befriedigend zu lösen sein – und für die Spitzenbedarf bei Veranstaltungen sollten wir nicht bauen.

Für einen Burgaufzug am Bichl sind Mittel für die Planung eingestellt. Die verkehrstechnische Anbindung an dieser Stelle halten wir für schwierig und für diesen Treffpunkt in der Altstadt für falsch.

Um den Schutz der Altstadt auch in Zukunft zu verbessern sind in den nächsten Jahren 1,4 Mio für die Sanierung des Kanals in der Salzlände eingeplant; eine weitere Mauer schlägt in den nächsten beiden Jahren mit 1 Mio zu Buche:

Im Hirschgarten in Raitenhaslach wird die Mauer zur Straße saniert.

Darüber hinaus werden in das Sanierungsgebiet Raitenhaslach im Zeitraum von 2016 – 2019 mit 1 Mio von Stadtseite investiert um auch den privaten Ausbau der Gebäude mit zu unterstützen.

Um im Sanierungsgebiet die Arbeiten abzuschließen werden 700 000 € eingeplant. Wie die Bevölkerung auf die Umgestaltung des öffentlichen Raumes reagieren wird, werden wir spätestens beim nächsten Maibaumaufstellen erfahren.

Der Standort der FFW Burghausen kann nach deren Bedürfnissen umgebaut werden und mit dem Bauhofumzug werden Flächen für eine neue Nutzung frei. Damit bekommt die Burghauser Jugend einen neuen Treffpunkt - was wir - wie den Umbau der Feuerwehr - ausdrücklich begrüßen und dadurch die gute Arbeit hoffentlich positiv unterstützt.

Nachdem sich das FZH immer mehr in ein Bürgerhaus für die Altstadt umwandelt, müssen wir uns mittelfristig auch über die Personalausstattung des Teams Gedanken machen.

Das geplante „Haus der Familie“ bündelt unter einem Dach im Zentrum der Stadt das Angebot für den sozialen Bereich. Mit 3 Mio € in diesem und nächsten Jahr bekommt nicht nur die Familienpolitik eine neue Qualität. Das Konzept von Fr Graf und ihr langfristiges Beharren auf die Umsetzung hat uns überzeugt – auf die Planung sind wir gespannt.

Unsere heute motorisierte Fortbewegung ist nicht nachhaltig, beansprucht große Flächen und der Ressourcenverbrauch ist zu hoch. Wohin sich die Mobilität auch langfristig gesehen entwickeln wird – die E-Mobilität kann nur einen Teil davon abdecken. Um diese neue Antriebsform vor an zu bringen werden für Ladesäulen 800 000 € in 2 Jahren eingeplant.

Zusammen mit dem City-Bus und der Initiative der Wacker Chemie Leasing Räder anzubieten könnte Burghausen seine Zweiteilung und PKW-Abhängigkeit teilweise besser überwinden - um bergauf den Verkehr zu entzerren sollte stellenweise der Belag des Hofberges radgerecht neu gestaltet werden.

Der von BM Steindl initiierte ÖPNV hat sich in Burghausen in eine lang andauernde Erfolgsgeschichte etabliert – die Beförderungszahlen auf der Hauptstrecke sind eindrucksvoll und der Aufwand mit 450 000 € liegt in der Größenordnung des Unterhaltszuschusses der städtischen Tiefgaragen. Die Weiterentwicklung der Sonderfahrten zu Veranstaltungen begrüßen wir sehr!

Die WiFÖG hat sich in Burghausen zum heimlichen Infrastruktur „Antreiber“ für die Region entwickelt. Sie stößt aber aus anderen Gründen an Grenzen. In diesem Fall begrenzen nicht fehlende Flächen das Wachstum, sondern die Kontamination des Bodens: Die PFOA - Belastung zeigt uns wieder deutlich wie aufwendig und teuer Umweltschäden für die Nachwelt zu Buche schlagen. Gerade im südostbayrischen Chemiedreieck sind wir gefordert unsere Lebensgrundlagen auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten – Kommunikation und eine offene Information durch die Industrie und Behörden müssen durch eine kritische Öffentlich eingefordert werden. Nur so können wir Vertrauen aufbauen und erhalten und langfristig Standorte für Produkte des Alltages zu sichern.

Wenn die Bahn ihren Aufgaben im Logistikbereich abarbeiten würde, wäre das Terminal als Infrastruktureinrichtung noch leistungsfähiger und könnte den Straßenverkehr über weite Strecken deutlich besser entlasten; leider wird im Bund Infrastrukturpolitik durch eine falsche Interessenlage gesteuert. Gerade deshalb sehen wir die Mittel für die städtischen Gesellschaften in Höhe von 1,45 Mio € richtig eingesetzt und würden uns bei der Tourismus eine Kooperation mit den Verbänden entlang der Salzach mit ihrem Alleinstellungs-potential im Natur- und Kulturbereich wünschen. Burghausen hat nicht nur die längste Burg sondern mit der Unteren Salzach den längsten frei fließenden Fluss - der die Salzachstädte auch kulturell verbindet.

Stark in Kultur: Die Steigerung von ca. 20 % unterstützen wir aufgrund der positiven Haushaltslage ausdrücklich (320 000 €!); 250 000 € wurden für die Europäischen Wochen eingestellt – für uns ist diese Veranstaltungsreihe eine Bereicherung

Die im Haushalt aufgeführten Investitionen und Maßnahmen müssen geplant, umgesetzt und verwaltet werden – die Personalausgaben steigen mit 5 % deutlich an. So schlägt der neue Tarif mit mehr als 240 000 € zu Buche, die Personalmehrung wie z.B für Mittagsbetreuung mit 190 000. Vergleichbaren Gemeinden kostet ihr Personal 463 €/EW. Bei der Stadt Bgh wird mit 511 €/EW gerechnet, deshalb sollte auch das zu bearbeitende Haushaltsvolumen zum Vergleich herangezogen werden, das unsere Leistungsfähigkeit ausmacht – davon profitiert auch unsere Region.

Alleine der laufender Unterhalt unserer Turnhallen und die Maßnahmen am Bahnhofsgebäude zeigen mit welchem wiederkehrenden Aufwand öffentliche Gebäude bewirtschaftet werden müssen – wir begrüßen die Maßnahmen die uns alle eine sinnvolle Nutzung der städtischen Infrastruktur ermöglicht und damit deren Wert erhalten. Damit unsere zahlreichen und unterschiedlichen Liegenschaften professionell bewirtschaftet werden können müssen wir die Liegenschaftsverwaltung mit entsprechender Software oder möglicherweise auch mit eingekaufter Dienstleistung ausstatten um rechtzeitig mit dem vorhandenen Personal reagieren und planen zu können. Die Heiz- und Stromkosten sind davon nur ein Teil des Managements – in jedem Fall sollte sich die Rechnungsprüfung mit der WBG Heizkosten Abrechnung beschäftigen.

Das Umweltamt arbeitet nicht nur im Tiefbau sondern plant und setzt unsere Spielplätze um, es bewirtschaftet Grünanlagen und entwickelt ein Netz von Biotopen über das Stadtgebiet. Darüber hinaus werden Ausgleichsflächen gemanagt damit sich die Stadt überhaupt noch entwickeln kann. „Ganz nebenbei“ wird versucht mit einer breit gestreuten Öffentlichkeitsarbeit den Wert unserer Kultur- und „Rest“ Naturlandschaft den Kinder und Jugendlichen „begreifbar“ zu machen.

Dafür müssen wir auch den ehrenamtlichen Aktiven danken, die im Bereich Natur, Kultur und Soziales erst unsere Stadtgesellschaft ermöglichen. Mein Dank gilt der Verwaltung und der guten Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und dem Gremium.

Dem Haushalt 2018 stimmen wir grundsätzlich zu.

Herr Stadtrat Dr. Blum hält im Namen der FDP folgende Rede zum Haushalt 2018:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats, der Verwaltung und der Presse,

ich möchte mich zunächst, wie meine Vorredner, bei Ihnen Herr Bürgermeister Steindl und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr bedanken, insbesondere auch für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats danke ich für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit. Mein Dank gilt auch den vielen Ehrenamtlichen, die sich z.B. in Vereinen und in der Flüchtlingshilfe engagieren und damit dazu beitragen, die Lebensqualität in Burghausen auf einem hohen Niveau zu halten. Weiterhin danke ich den Vertretern der Presse, die unsere Bürger über alle städtischen Aktivitäten zeitnah auf dem Laufenden halten.

Zum Haushalt 2018:

Die einzelnen Posten des Haushalts 2018 wurden in der Januarsitzung behandelt und heute schon von meinen Vorrednern zum überwiegenden Teil auch in meinem Sinne kommentiert. Die Finanzlage der Stadt Burghausen wird sich insbesondere dank der Einnahmen aus der Gewerbesteuer unserer Industrie sowie der mittelständischen und kleinen Unternehmen und Betriebe voraussichtlich sehr gut entwickeln. Damit können die zahlreichen Projekte der Stadt umgesetzt werden und die Sozialleistungen nicht nur aufrecht erhalten sondern sogar noch gesteigert werden - Beispiele sind die Übernahme der Kinderkrippengebühr, die Sportförderung und die Unterstützung von Kulturveranstaltungen.

In jüngster Vergangenheit wurde vermutlich unter dem Eindruck des PFOA-Altlastenfalls in Leserbriefen die Ansicht vertreten, dass unsere heimische Industrie in erster Linie als Verursacher von Umweltverschmutzung anzusehen ist. Probleme mit Altlasten in Böden und Wasser wecken Ängste und müssen von den Verursachern und Behörden der Bevölkerung transparent dargestellt werden, damit das Vertrauen in unsere Unternehmen nicht verloren geht. Bei der Sanierung der Schäden sollten Unternehmen und Politik zum Wohl der Gemeinschaft gemeinsam geeignete Maßnahmen entwickeln und umsetzen, was ja in diesem Fall schon geschieht. Eine pauschale Verurteilung unserer Industrie rechtfertigen Einzelfälle aber nicht.

Jede menschliche Aktivität ist mit Umweltauswirkungen verbunden – die Produktion von Gütern sowie deren Konsum ebenso wie z.B. der Bau von Gebäuden und Straßen und der damit verbundenen Bodenversiegelung. Gemeinsames Ziel aller Teile der Gesellschaft muss es sein, diese Umweltauswirkungen soweit wie möglich zu minimieren.

Ich möchte in meinem Beitrag die positiven Auswirkungen der industriellen Tätigkeiten in unserer Region im Sinne der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen. Nachhaltigkeit wurde 1992 in Rio de Janeiro und 2002 in Johannesburg von der Mehrzahl der Staaten und der Industrie als Maßstab ethischen Handelns beschlossen und beinhaltet als gleichwertige Säulen Ökologie; Ökonomie und Soziales.

Unsere Unternehmen in Burghausen und Umgebung und damit auch zahlreiche Zulieferer und Servicefirmen profitieren derzeit von der guten Weltkonjunktur und der Binnen-nachfrage in der EU, weil sie Produkte und zugehörige Produktionsverfahren entwickelt haben und weiterentwickeln, die von den Kunden weltweit nachgefragt werden. Nachgefragt werden vor allem Produkte, die helfen, Energie umweltfreundlich zu erzeugen oder einzusparen. Wer in der Chemischen Industrie seine Produkte und Dienstleistungen nicht ständig weiterentwickelt und an die sich schnell ändernden Anforderungen der Märkte anpasst, profitiert nicht von der guten Konjunktur und verliert Marktanteile. Unsere Unternehmen investieren erhebliche Geldmittel in Forschung und Entwicklung, häufig in Zusammenarbeit mit den Kunden weltweit und sind so in der Lage, innovative und umweltfreundliche Produkte anzubieten. Dafür bin ich den Unternehmern und ihren engagierten Mitarbeitern dankbar – ihr Erfolg beschert unserer Stadt die gute finanzielle Ausstattung und ermöglicht damit indirekt die im Haushalt 2018 geplanten großzügigen Sozialleistungen und Investitionen u.a. in umweltfreundliche Solaranlagen und Elektromobilität.

In meiner Zeit als Mitarbeiter der Wacker-Chemie habe ich erlebt - und selbst daran mitgewirkt – dass und wie die Umweltauswirkungen mit Hilfe selbst entwickelter, innovativer Prozesse gesenkt wurden. Ziel war es, Material und Kosten zu sparen, damit die Umwelt zu entlasten und unsere Arbeitsplätze zu sichern. Der ökonomisch nachteilige nachgeschaltete Umweltschutz wie Abwasserreinigung, Abfall und Luftfilter wurde schrittweise minimiert durch Rückgewinnung und Kreislaufführung der bisherigen Abfallstoffe. Insbesondere mit Hilfe der Chlorchemie wurde ein vorbildliches Verbundsystem geschaffen und damit zahlreiche Rückgewinnungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Vorteile des Verbundsystems für die Unternehmen sind u.a.:

- 1. weniger Rohstoffbedarf dank verminderter Materialverluste mit Abfall, Abwasser und Abluft,*
- 2. weniger Rohstoffbedarf bedeutet Einsparung von Kosten für Rohstoffe, Transport und Entsorgung,*
- 3. höhere Motivation der Mitarbeiter, die in einem Unternehmen mit positivem Ansehen arbeiten wollen und die mit ihren Familien in einer lebenswerten Umgebung wohnen wollen; dazu gehören u.a. die Einhaltung hoher Standards bei Umweltschutz und Sozialleistungen*
- 4. Erhalt und Verbesserung der Akzeptanz der unternehmerischen Tätigkeiten in der Bevölkerung und damit auch Sicherung der Arbeitsplätze.*

Der hier in der Region mit entwickelte von uns so genannte produktionsintegrierte Umweltschutz wird heute unter dem Titel Verbundsystem und Kreislaufwirtschaft weltweit anerkannt. Vor etwa 10 Jahren habe ich Professoren der bekannten Stanford University betreut, die sich vor Ort über praktizierte Nachhaltigkeit informieren wollten. So etwas gab es damals in den USA nur in der Theorie. Der Bitte, unsere vorbildlichen Aktivitäten für ihre Studenten in zwei Publikationen zu beschreiben, bin ich gerne nachgekommen.

Nationale und internationale Umweltpreise für umweltschonende Produktionsprozesse und Produkte verdeutlichen ebenfalls die Anerkennung für unsere heimische Industrie.

Ich widerspreche somit den Versuchen, unsere heimische Industrie vornehmlich als Verursacher von Umweltverschmutzung zu betrachten und behaupte, dass unsere Unternehmen ihrer Verantwortung als Teil unserer Gesellschaft nachkommen und alle Aspekte der Nachhaltigkeit beachten.

Ich habe eingangs auch den zahlreichen Ehrenamtlichen gedankt, die unentgeltlich oder mit geringer Aufwandsentschädigung Tätigkeiten in Sportvereinen, Sozialeinrichtungen oder beispielsweise bei der Ausbildung und Integration von Flüchtlingen verrichten.

Derzeit wird von vielen Politikern, vielleicht unter dem Druck einer rechten Partei, von lern- und integrationsunwilligen Asylbewerbern gesprochen. Es mag Beispiele dafür geben, eine pauschale Verurteilung aller Asylbewerber rechtfertigen diese Einzelfälle aber nicht.

Die Mehrzahl der Flüchtlinge, die ich betreue und kenne, spricht inzwischen gut Deutsch, ist fleißig und lernwillig und würde nach der Schule gerne eine Lehre beginnen und Steuern zahlen statt untätig herumzusitzen und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Etliche Mittelständler und Kleinunternehmer wären froh, wenn sie die zu uns Geflüchteten als Auszubildende oder Mitarbeiter einstellen dürften, nachdem diese sich in Praktika bestens bewährt haben. Es ist bekannt, dass viele Kleinbetriebe, die ja häufig unserer Industrie zuarbeiten, keine anderen geeigneten Bewerber aus der Region oder der EU bekommen. Die überörtliche Politik geht bei der Bewilligung von Arbeitsgenehmigungen für Asylbewerber jedoch leider sehr restriktiv vor.

Die meisten der betreuten Afghanen haben Identitätsnachweise, die alle in Afghanistan erforderlichen Stempel und Unterschriften in den Ausweispapieren aufweisen. Unsere Behörden fordern zusätzliche Stempel, die in Afghanistan von dort lebenden Verwandten nur mit Reisen unter Lebensgefahr und mit Hilfe von Schmiergeldern zu bekommen sind. Wer keine Verwandten mehr hat, kann diese Stempel nicht bekommen. Wegen der Nichtgewährung der Arbeitserlaubnis werden von unseren Behörden somit statt Steuereinnahmen Steuerausgaben verursacht, wobei diese Mittel bekanntlich zum größten Teil nicht den Asylbewerbern selbst zu Gute kommen.

Ich wünsche mir, dass die Stimmen der zahlreichen Betreuer und Kleinunternehmer gehört werden und die verantwortlichen Politiker in Bund, Land und Landkreis ihre Spielräume nutzen und die erforderlichen Genehmigungen erteilen werden. Das würde unserer regionalen, steuerzahlenden Wirtschaft helfen und die Arbeit derer belohnen, die vor 2 Jahren dem Aufruf des Freistaats Bayern gefolgt sind und bei der Integration der Asylbewerber geholfen haben.

Mein Fazit: Eine florierende Wirtschaft ist eine gute Basis für eine stabile Politik. Den meisten Bürgern Burghausens geht es gut; wir leben in einer lebenswerten Umgebung, auch weil die Stadt Burghausen verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht; wir können einen vergleichsweise hohen Lebensstandard genießen und es gibt somit keinen Grund, eine Alternative zu den hier vertretenen etablierten Parteien zu wählen.

Der Haushalt 2018 ist meiner Ansicht nach sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogen und deshalb werde ich dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen, sowie bei der Finanzverwaltung und macht folgende Ergänzungen:

Hinsichtlich der in der Haushaltsrede der GRÜNEN-Fraktion gemachten Anmerkung, dass „die im Haushaltsplan aufgeführten Maßnahmen in vergleichbaren Kommunen vermutlich in einem 10 Jahres Plan aufgelistet wären“ ist zu sagen, dass noch nicht absehbar ist, ob das vorgesehene Programm in den nächsten zwei Jahren zu schaffen ist. Man ist hier auf Gutachten, Fachleute und Genehmigungsbehörden angewiesen, die für die Projekte nicht den nötigen Ernst erkennen lassen und durchaus auch andere Prioritäten setzen als die Stadtverwaltung. Durch Änderung von Ausschreibungsgrenzen und Verordnungen entstehen zusätzliche Verzögerungen.

Auch hinsichtlich des Stichwortes „Verantwortung“ kritisiert Herr Erster Bürgermeister Steindl die Bundesregierung. Er sieht es als höchst bedenklich, dass Entscheidungen nicht mehr zum Gesamtwohl des Volkes sondern zu sehr die Eigeninteressen der Bürger Rechnung getragen wird (z. B. teure Erdverkabelung beim Bau von Stromtrassen). Die verantwortlichen Politiker müssen hier auch bei unangenehmen Entscheidungen Durchhaltevermögen zeigen.

Großen Wert legt Herr Erster Bürgermeister Steindl darauf, dass bei den Stadtrats-Entscheidungen das Wohl der Allgemeinheit in den Vordergrund gestellt wird und mit den jetzigen Finanzmöglichkeiten ein entsprechendes Konzept aufgestellt werden kann. Es liegt hier in der Verantwortung des Stadtrats, dass man hier flexibel ist und entsprechend reagiert wird, wenn sich herausstellt, dass sich Projekte in ihrer Priorität verändert haben. So wurde z. B. die Hallenbad-Erweiterung an die erste Stelle gerückt und die Nachnutzung des ehem. Jugendherbergs-Gebäudes auf der Burg nach hinten geschoben.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Burghausen stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan 2018 für die Stadt Burghausen, die Kanzelmüller-Seminar-Fonds-Stiftung und die Johannes-Hess-Stiftung zu und beschließt nachstehende Haushaltssatzung:

Haushaltssatzung der Stadt Burghausen, Landkreis Altötting, für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Stadt Burghausen folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt.

Er schließt im **Verwaltungshaushalt**

- | | |
|---|---|
| a) der Stadt | in Einnahmen und Ausgaben mit je 99.700.000 € |
| b) der Kanzelmüller-Seminar-Fonds-Stiftung | in Einnahmen und Ausgaben mit je 10 € |
| c) der Johannes-Hess-Stiftung | in Einnahmen und Ausgaben mit je 10 € |

und im **Vermögenshaushalt**

- | | | |
|---|----------------------------------|--------------|
| a) der Stadt | in Einnahmen und Ausgaben mit je | 46.700.000 € |
| b) der Kanzelmüller-Seminar-Fonds-Stiftung | in Einnahmen und Ausgaben mit je | 10 € |
| c) der Johannes-Hess-Stiftung | in Einnahmen und Ausgaben mit je | 10 € |

ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 4.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|---|--|----------|
| 1. Grundsteuer | | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | | 260 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | | 275 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | | 320 v.H. |

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

Die im Verwaltungshaushalt bzw. im Vermögenshaushalt mit Sperrvermerk versehenen Maßnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Stadtrates vergeben und ausgeführt werden.¹⁾

§ 7

Folgende Einrichtungen sind **teilibudgetiert**:

Unterabschnitt	Einrichtung	Budget-Nr.	
1311	Feuerwehr Burghausen	13.001.000	223.530 €
1312	Feuerwehr Raitenhaslach	13.002.000	51.900 €
3211	Stadtmuseum	32.001.000	133.020 €
3212	Fotomuseum	32.002.000	127.350 €
3331	Musikschule	33.000.000	133.750 €
3521	Stadtbibliothek	35.000.000	195.400 €
	Tiefbau	41.000.000	1.979.675 €
7624	Bürgerhaus	76.000.000	511.730 €

Die Teilbudgetierung umfasst die Sach- und Betriebskosten (Gruppe 5 und 6 ohne kalkulatorische Kosten und innere Verrechnungen) bzw. den Erwerb von Vermögensgegenständen (nicht bei Budget 41.000.000 - Tiefbau) im Vermögenshaushalt (§ 16 Abs. 2 Satz 1 und 2 KommHV). Deckungsfähigkeit besteht gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 KommHV.

Folgende **Unterhaltskosten / Gruppierungsnummern** sind **budgetiert**:

Gruppierungs-Nr.	Art	Budget-Nr.	
.5010	Unterhalt eigener Gebäude	10.000.000	1.060.650 €
.5020	Unterhalt nichteigener Gebäude	20.000.000	23.500 €
.5040	Unterhalt betriebstechnischer Anlagen	40.000.000	116.000 €
.5420	Heizungskosten	50.000.000	385.000 €
.5440	Stromkosten	60.000.000	208.400 €
.5450	Wasser/Abwasser	70.000.000	49.250 €

Diese Sachkostenbudgetierung umfasst die in diesem Haushalt genannten städtischen Einrichtungen mit der Anordnungsdienststelle 0032 - ohne die Einrichtungen für die eine Teil- oder Zuschussbudgetierung eingeführt ist (§ 16 Abs. 2 Satz 1 und 2 KommHV). Deckungsfähigkeit besteht gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 KommHV.

§ 8

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2018 in Kraft.

Burghausen,

STADT BURGHAUSEN

Hans Steindl
Erster Bürgermeister

¹⁾ **Sperrvermerke wurden beschlossen für:**

HHSt.	Bezeichnung	Ansatz	gesperrt
	keine		

Mit allen 20 Stimmen

5. Sonstiges

5.1. Benennung eines Mitglieds für den Integrationsbeirat

Der Integrationsbeirat setzt sich aus 5 stimmberechtigten Mitgliedern und den weiteren beratenden Mitgliedern zusammen. Die weiteren beratenden Mitglieder werden vom Stadtrat in den Integrationsbeirat entsandt. Jede Fraktion des Stadtrats kann aus ihren Reihen ein Mitglied benennen.

Aufgrund des Ablebens von Herrn Klaus Straußberger ist von der CSU-Fraktion ein neues Mitglied zu entsenden.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Herr Stadtrat Gerhard Hübner wird als beratendes Mitglied in den Integrationsbeirat entsandt.

Mit allen 20 Stimmen

Anfragen/Sonstiges

1. 1. Salzach-Symposium am 06.02.2018 im Raitenhaslach

Herr Stadtrat Kamhuber dankt den Organisatoren und durchführenden Personen (Umweltreferent Herr Stadtrat Strebel sowie dem Umweltamt) des 1. Salzach-Symposiums am 06.02.2018 in Raitenhaslach. Das Symposium war eine hervorragende Veranstaltung, die mit hochkarätigen Fachleuten besetzt war. Für Herrn Stadtrat Kamhuber wäre eine Fortsetzung dieser Symposiumsreihe wünschenswert.

2. Errichtung eines Recyclinghof-Wertstoffhofs im Gewerbepark Lindach A

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Stadträtin Bachmeier antwortet Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass die festgesetzten schalltechnischen Richtwerte eingehalten werden, da bereits eine Lärmschutzwand errichtet wurde.

3. Fairtrade-Stadt Burghausen; Titelerneuerung

Frau Stadträtin Bachmeier weist darauf hin, dass der Titel „Fairtrade-Stadt“ für die Stadt Burghausen erfolgreich erneuert wurde.

4. Verlagerung von Klassen der Pestalozzi-Schule während der Renovierung der Hans-Stethaimer-Schule

Frau Stadträtin Wasserrab verweist auf die Überlegung, dass während der Renovierung der Hans-Stethaimer-Schule die Klassen der Pestalozzi-Schule in das ehem. Jugendherbergs-Gebäude (Burg 27) ausgelagert werden könnten. Frau Stadträtin Wasserrab fragt nach, ob auch die Möglichkeit abgeklärt wurde, die Klassen im Kurfürst-Maximilian-Gymnasium unterzubringen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass während der Baumaßnahmen an der Hans-Stethaimer-Schule evtl. Schulklassen ausgelagert werden müssen (vgl. Sanierung Johannes-Hess-Schule). Sollte nach Abschluss der Schulsanierung für die Pestalozzi-Schule ein neuer Standort benötigt werden, kämen hier verschiedene Möglichkeiten in Betracht:

- *Unterbringung im Kurfürst-Maximilian-Gymnasium*
- *Aufteilung der drei Förderklassen auf die drei Burghauser Grundschulen (Inklusion)*
- *Verbleib an der Hans-Stethaimer-Schule*
- *Bau einer neuen Schule durch den Landkreis Altötting (jedoch außerhalb Burghausen)*

Herr Stadtrat Englisch ergänzt, dass die Auslagerung von Klassen der Pestalozzi-Schule momentan noch nicht spruchreif ist und erst dann konkret werden würde, wenn die Hans-Stethaimer-Schule renoviert ist und der künftige Platzbedarf für die Schule feststeht.

Frau Stadträtin Bachmeier verlässt die Sitzung.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:40 Uhr

Burghausen, 14.02.2018

STADT BURGHAUSEN

**HANS STEINDL
ERSTER BÜRGERMEISTER**

**CHRISTIAN EDENHOFFER
PROTOKOLLFÜHRER**